

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsschafft: Tageblatt Riesa.
Hausnr. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Rentamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gräfenhain.

Postleitzettel: Dresden 1889
Nikolaistraße Riesa Nr. 32.

Nr. 278.

Donnerstag, 30. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Voranzeigung, monatlich 450.— Wart einzeln. Bringergeld. Anzeigen mit der Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 40.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50.— Auftrag, Nachstellung- und Vermittelungsgebühre 8.— Mark. Netto Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Ausfertigungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vorsichtige Unterhaltungsbeiträge „Fräulein an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgenwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verförderungsseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Reichsstelle: Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Buderversorgung.

Bei der bevorstehenden Ausgabe der Buderkarten wird auf Grund von § 12 der Reichsverordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1922/23 vom 3. 10. 1922 (R. G. Bl. I S. 762) folgendes bestimmt:

§ 1. Die Buderkarten werden durch die zuständigen Städte und Gemeindebehörden gegen Vorlegung des Einwohnerbuchs ausgegeben und zwar eine Buderkarte für jede Person gleichzeitig welchen Alters.

§ 2. Der Buderkarten darf nur gegen Vorlegung der vom Kommunalverband ausgestellten Buderkarten abgegeben werden. Verlängerungsberechtigt ist nicht, wer selbst oder als Haushaltangehöriger auf Grund eines Außenlieferungs- oder sonstigen Vertrags mit Zucker versorgt wird.

§ 3. Die Buderkarte besteht aus der Stammkarte, 4 Bezugsausweisen 1—4 und 25 Abschnitten A—Z. Sie ist nicht übertragbar; verlorene Karten werden nicht ersetzt. Die Stammkarte und die Bezugsausweise sind auf der Rückseite mit dem Namen und der Wohnung des Haushaltsoberhauptes oder des Einzelverbrauchers zu verlesen.

Für welche Verlängerungsperioden die Bezugsausweise gelten und welche Mengen Zucker in den einzelnen Monaten ausgegeben werden und auf welche Abschnitte, wird durch den Kommunalverband jeweils bekanntgegeben.

§ 4. Die Buderkarte ist vor Beginn jeder Verlängerungsperiode dem Kleinbäckler vorzulegen. Dieser trennt den für die Verlängerungsperiode achtenden Bezugsausweis ab und versiebt ihn auf der Rückseite mit seinem Namen oder Firmenkennzeichen. Die Entnahme und Abgabe des Zuckers erfolgt gegen Abtrennung der für die Belieferung freigegebenen Abschnitte, die ebenfalls nur von dem Kleinbäckler selbst vorgenommen werden darf; schon abgetrennte Abschnitte sind ungültig.

Die Verbraucher sind in der Wahl des Kleinbäcklers, von dem sie den Zucker während einer Verlängerungsperiode beziehen wollen, frei; etwa schon erfolgte Eintragungen in Kundenlisten oder sonstige Aufzeichnungen bestimmen Kleinbäcklern gegenüber sind ungültig.

§ 5. Die Kleinbäckler übersenden die Bezugsausweise gesammelt an die Großhändler oder Zwischenhandels, von denen sie beliefern zu sein wünschen, die Zwischenhandels an ihre Großhändler. Die Großhändler haben die bei ihnen eingegangenen Bezugsausweise zur Nachvollistung durch die Landeszuckerstelle aufzuhbewahren.

Der Bezug des Zuckers von den Fabriken durch die Großhändler erfolgt auf Grund von Bezugsausweisen, die die Landeszuckerstelle dem Verein Sächsischer Budergroßhändler und den in § 8 Abs. 2—4 genannten Großhändlern zuteilt. Das Näherte hierüber sowie über eine etwa zulässige Bevorzugung des Kleinhandels und Zwischenhandels durch den Großhandel und Zwischenhandelsbestimmung der Landeszuckerstelle.

§ 6. Die Verlängerung der Abschöpfen wird besonders geregelt.

Zur Versorgung des Wirtschaftsbetriebes von Anstalten und zur Deckung des bringenden Bedarfs von Gasthäusern, Fremdenheimen und sonstigen Gasträumen werden vom Kommunalverband Bezugskarten über je 5 Pfund Zucker lautend ausgegeben. Die Höhe der monatlichen Zuteilung wird vom Kommunalverband festgelegt. Diese Bezugskarten berechtigen zum Bezug des Zuckers beim Kleinhandel, Zwischenhandel oder Großhandel.

§ 7. Die Abgabe von Zucker darf von der Abnahme anderer Waren nicht abhängig gemacht werden.

§ 8. Als Großhändler im Sinne dieser Verordnung sind zugelassen:

1. die Mitglieder des Vereins Sächsischer Budergroßhändler in Dresden,
2. die Großeinheitsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg für ihren Geschäftsbetrieb in Sachsen,

3. die Großeinheitsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Düsseldorf-Reichshof für ihren Geschäftsbetrieb in Sachsen.

4. der Landesausschuss des Sächsischen Kleinhandels in Dresden.

Zwischenhändler, Zwischenhändler oder Kleinhändler haben, soweit nicht bereits aufgehoben, eine Verpflichtungserklärung nach Anlage A, B oder C der Ausführungsbestimmungen vom 2. 11. 1922 (Nr. 258 der Sächsischen Staatszeitung vom 3. 11. 1922) abzugeben.

§ 9. Ausübernahmungen gegen die vorstehenden Vorschriften sowie gegen den Inhalt der Verpflichtungserklärung unterliegen, soweit nicht Bestrafung nach den allgemeinen Strafgesetzen eintritt, den Strafvorschriften des § 19 der Reichsverordnung. Außerdem haben die Händler Ansicht vom Buderhandel zu gewährten.

§ 10. Die Ausführungsbestimmungen treten mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 anstelle der Ausführungsbestimmungen vom 2. November 1922.

IX. Z. 8a. Kommunalverband Großenhain, am 29. November 1922.

Gaspreiserhöhung.

Mit Wirkung vom 1. November 1922 ab wird der Bezugspreis für 1 Kubikmeter Gas (durch Gasmeier bezogen) auf 85 M. — und für Automatenas auf 90 M. — erhöht. Die neuen Preise gelten ohne weiteres für alle Gasabnehmer, die nicht bis spätestens den 30. November 1922 den Gasverbrauch einstellen und dies beabsichtigt. Auseinandersetzung der Gaswerksverwaltung bis zu dem genannten Zeitpunkte schriftlich angezeigt haben.

Die Gasmeierpreise wird ab 1. Oktober 1922 wie folgt erhöht:

| | | |
|------|------|------|
| • 5 | • 10 | • 15 |
| • 20 | • 30 | • 40 |
| • 30 | • 40 | • 50 |
| • 50 | • 60 | • 70 |

Der Rat der Stadt Riesa, am 29. November 1922. End.

Wasserpreis-Erhöhung.

Gemäß § 8 Absatz 2 der Wasserwerksordnung der Stadt Riesa hat der Mat beschlossen, den Preis für den oben Wasser — auch für Brauwasser und Wasser für gewerbliche Zwecke — ab 1. November 1922 auf 30 M. festzulegen.

Die Wassermeister-Versicherungs-Gebühren werden ab 1. Oktober 1922

für 13:20 er Liter auf 10 M.

• 25:30 er • 15

• 40 er • 20

• 50 er • 25

• 60:80 er • 30

monatlich festgesetzt.

Der Rat der Stadt Riesa, am 29. November 1922. End.

Brotmarkenausgabe!

Die Brotkarten für den VI. Bezirk (Herberge zur Heimat) werden in Zukunft in den

Gastwirtschaft „Gute Quelle“ ausgeteilt.

Der Rat der Stadt Riesa, am 27. November 1922. End.

Die Ausszahlung der neuberechneten Sozialrentner-Unterstützungen erfolgt diesmal

am Montag, den 4. Dezember 1922, vormittags.

Versicherungsbamt beim Rat der Stadt Riesa, am 30. November 1922.

Örtliches und Sachsisches.

Riesa, den 30. November 1922.

* Jubiläum. Ein allgemein beliebter und bekannter Bürgertum unserer Stadt, Herr Gastwirt Franz Kuhnert, feiert morgen sein blährliges Geschäftsjubiläum. Am 1. Dezember d. J. vollendet sich 25 Jahre, seit er in seinem heutigen Hotel „Stadt Dresden“ bewirtschaftet. Wenn diese Gaststätte in unserer Stadt und weit darüber hinaus sich des besten Rufes erfreut, so ist dies das Verdienst des Jubilars, der es jederzeit verstanden hat, seinen Gästen durch vorsichtige Bewirtung, die er obendrein noch durch seinen ungewöhnlichen Humor zu wünschen wusste, den Aufenthalt in seinen Gasträumen so angenehm wie möglich zu machen. Nach Riesa gekommen ist Herr Kuhnert im Jahre 1890. Von da ab bis zur Übernahme des Hotels „Stadt Dresden“ bewirtschaftete er das Hotel „Deutsches Haus“. Möge es dem Jubilar auch fernsterhin vergönnt sein, seinen Geschäftsbetrieb in der bisherigen erfolgreichen Weise fortzuführen.

* Gestohlen wurde am 29. November, nachmittags in der 4. Stunde, vor dem Hausrundstück hier, Schloßstraße 18, ein Herrenfahrrad (Metall und Räder unbekannt, normale Lenkspalte, schwarzer Rahmenbau, gelbe Felgen mit schwarzen Reifen, Torpedofreilauf, neue Gummirücksicherung). Die beiden Schuhbleche sind mit Draht am Rahmenbau befestigt und der Rahmenbau selbst mit einer Farbe besprüht gewesen. Das gekohlene Rad hat einen Wert von 40.000 Mark. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man bitte der liegenden Polizei mitteilen.

* Alldeutscher Verband. Die Ortsgruppe Riesa im Alldeutschen Verbande hielt am Dienstag einen Vertragssabend im Saal der Elberterrasse ab. Vorsitzender des Abends war der langjährige Vorsitz der Deutschen in Österreich Rudolf Seidler, früher Mitglied des österreichischen Reichsrats und österreichischer Landtags. Vierzigjährig, volksmundig und heimisch in der Geschichte des deutschen Volkes, hielt er die Verammlungen im Banne seiner lebenslänglichen Freiheit. Die Schicksalsfrage der Deutschen an der Donau und im Weltkrieg behandelnd, erinnerte Redner an Hindenburgs Wohnung aus der Kriegszeit: Wer die stärksten Ressourcen habe, werde siegen. Das sei unser Schicksalspruch auch für die Deutschtumszeit, die der Kaiserreichs Vertrag und gebracht. Wie standen noch vor den letzten Stunden, die hoffentlich ein starkes Geschlecht finden würden. Die Alldeutschen standen durcheinander auf verlostigtem, gezeichnetem Boden und würden in aller Zukunft das Vaterland im Verein mit der Arbeiterschaft bilden. Es ginge um die deutsche Kultur. Auch in Österreich sei die Schicksalsstunde da. Wahnsinnige Begeisterung und schreckliches Heimweh herrschte bei den Salzburger und Tiroler Bauern,heimzugehören ins gemeinsame deutsche Vaterland. Das Hungersterben in Österreich und schließlich auch bei uns sei noch nichts im Vergleich mit dem österreichischen Frankreich. Die Schicksalsstunde, die mit großen Ereignissen kommen würde, werde das Deutschland Österreichs, Österreichs und Österreichs.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 7630 Mark.

berns mit uns vereinen. Frankreich nehme den Mund so voll, damit man seine schlotternde Angst nicht merke. Frankreich mit seinem Volk ohne Nachwuchs sei im Begriffe, von seiner Schaubühne abzutreten. Selbst in den 98 nicht vom Krieg berührten Departements Frankreichs übertragen die Todesfälle die Geburten deutlich, trotz hoher Staatsgelder für Schulbildung und für Kinder. So habe auch das alte Rom zur Zeit Kaiser seines Auflösung entgegenwirken wollen. Vergleichlich damals wie heute — es ist nicht mehr. Unsere Entscheidungsmühlen mühten wir in Geduld und Kraft erwartet, trocken doch selbst die amateurischen Bauern unter dem wehenden Baldachin einer ganzen Welt. Wollten wir Deutschen uns behaupten, müsse sich das ganze deutsche Volk zusammenfinden — Republikaner und Monarchisten, katholische Süddeutsche und evangelische Norddeutsche. Solle das gelingen, müsse rechts und links manches Vorurteil abgelegt werden, um des gemeinsamen Vaterlandes willen. Edle deutsche Art hätten wir rechts und links, die sei an keine Partei gebunden. Hofrat Friedrich Schiller, dieser Dichter der Menschheit, habe die edlige deutsche Art in seinen Dichtungen niedergelegt, habe die edlen Rechte der Menschheit von den Sternen geholt. Wir Deutschen seien sowohl das Volk der Persönlichkeit; als das Volk des Sozialismus. Freiheitlich gäbe es nicht, Abstieg sei alles. Der Weltkrieg sei von Frankreich nicht um des Elends, von England nicht um seines Handelsneides willen geführt worden. Im tiefsten Grund sei es im Weltkriege um den deutschen Sozialismus gegangen. Wir seien das Volk des Sozialismus, des Genossenschafts- und Gemeinschaftsgeistes. Der habe nichts zu tun mit dem aus jüdischem Geiste geborenen Sozialismus. Unsere Sozialisten sei nicht Staat oder Klasse, sondern das Vaterland. Den wahren Sozialisten ständen die Monarchisten gegenüber, die gegängelt würden von den größten Kapitalisten, die in der Vorlese ihren Ausdruck fänden. Die Ritterorden des Mittelalters und die Hansehäfen der Sozialistin gedenkt. Der Wille zum Sozialismus habe in hervorragenden Bürgermeistern wie Bauer in Wien, in Polenswirten wie Schulze-Delitzsch und in geborenen Gewerkschaftsführern wie Behrendt, wie Ebert ihren Ausdruck gefunden. Vom Standpunkt des Historikers und Volkswirtschaftlers ging Redner zum Schlusse in weitauholende und tiefschürfende Blicke auf die drei zurückbaren Ärzte von Böhmen. Der erste habe die mit wenig Ausnahmen sozial gestalteten Hohenzollern getroffen, der zweite die Offiziere, Unteroffiziere und Pflichtgefreiten, der dritte die Soldaten des alten Heeres, deren Toten erst nach tausend Jahren gewürdigt werden würden. Der dritte Ärzt habe aber sei in härtester Weise auf die deutsche Schönarbeit niedergegangen. Um diese Schläge gegen die drei stärksten deutschen Wurzeln auffangen zu können, müsse jeder von uns brüderliche Gesinnung und Achtung allen Volksgenossen entgegenbringen, die in ehrlicher Arbeit ründen. Dann werde uns die Schicksalskunde der Zukunft, die sicher

komme, unter dem siegreichenden Kampf Prinz Friederich Karl vor Reg. zusammenfinden: „Das Ganze muss gewonnen!“ Die sehr zahlreich Versammelten spendeten dem Redner reichen Beifall. Nachdem aus beredtem Mund Ernst v. Wildenbruchs erregendes „Deutschland und die Welt“ dargeboten worden war, sprach Herr Seidler das Schluss- und Scheibewort.

* Viederabend von Horst Krause. Im gestrigen Viederabend im Saal der Elberterrasse bot Herr Horst Krause seinen zahlreich erschienenen Kunstreunden durch einen eigenen Viederabend Gelegenheit, sich ein Urteil über seine nunmehr abgeschlossene gesangliche Ausbildung zu bilden. Da sich seine schöne, weiche Baritonstimme in der Opernkoule zu einem mächtigen Organ entwickelt hat, bemühen die teilweise seitens gebürtigen Viederabend vom Romantiker Robert Schumann, vom Meister des Liedes Franz Schubert und die zuletzt gelungenen Opernarien aus Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen“ (Spiegelarie) und der bekannte Prolog aus „Bohallo“ von Leoncavallo, die zugleich einen Brückstein für seine dramatische Begabung zeigten. Atemholung, Tonreinheit, musikalische Sicherheit, Legato-sprache u. d. verbinden höchste Lob. Dürften wir einen Wunsch aussprechen, so ist es der, der Sänger möchte bei den Viederabend mit lebhaftem Ausdruck, wie z. B. in Schumanns „Brahms noch getrunken“, noch etwas mehr Schwung hineinlegen damit der Hörer mit forgerichtigen wird und das Lied selbst zu einem multifunktionalen Erlebnis wird. Die nicht immer einfache Begleitung am Flügel wurde von Herrn Holmann ausgetüftelt, der mit viel Fleiß und Gewandtheit seine Ausgabe löste. Der wohlverdiente große Beifall wird den Sängern zu weiterem Streben anmuntern. Nun, so rufen wir zum Schlusse Herrn Horst Krause ein herzliches Glück auf! zu, daß ihm bald ein Platz in der Reihe der Viederabendtunten zuteil werden möge!

* Das vorläufige Heimatmuseum kann wegen Raummangel bis auf weiteres nicht besichtigt werden.

* Ein Landesverband Sachsen der Kriegergräberfürsorge. Eine Versammlung von Vertretern der sämtl. Ortsgruppen des Volksbundes Deutsche Kriegergräberfürsorge, die in Chemnitz tagte, beschloß, diese Ortsgruppen zu einem Landesverband Sachsen zusammenzuführen, der wiederum ein Glied des großen Deutschen Volksbundes ist. Als Sitz des Landesverbandes wurde Chemnitz bestimmt. In der Versammlung wurde erneut betont, daß die Gräber der deutschen Helden im Ausland immer mehr der Vergessenheit anheimfallen.

* Beamtenbedarfslösung. Nach einer ministeriellen Bekanntmachung beträgt der allgemeine Ausgleichsauftrag für die Beamten und Tarifangestellten vom 16. November d. J. an 120 Prozent. Die Tarifangestellte vom selben Tage an 2000 Mark monatlich. Die Nachzahlung auf die zweite Novemberhälfte ist, soweit möglich, mit der am 1. Dezember vorzunehmenden Zahlung der Dienstbesoldung für Dezember zu verbinden.

* Die Verbraucherkammer für den Kreisstaat Sachsen hielt am 26. November im Volkshaus

zu Dresden ihre zweite Volksversammlung ab. Nach Erhaltung des Vorberichtes, in dem mit Bedauern festgestellt wurde, daß der Verbraucherkammer die Rechtsfähigkeit noch nicht verliehen worden sei, wurde der Beschluss erneut an die Regierung herangetragen, doch mit der Verbraucherkammer die Rechtsfähigkeit nunmehr verliehen wird. Eine sehr rege und vielseitige Ausdrucksformen die weiteren Tagungspunkte über die Stellungnahme zur allgemeinen Leistung, insbesondere zur Kartoffelbefreiungs- und Preisfrage, sowie zur Gestaltung der Mischwirtschaft und ferner ein Bericht über eine im Wirtschaftsministerium abgehaltene Sitzung aus, in der die Schlagschwaderei, sogenannte Stall- und Marktwege, behandelt wurden. Die unerhörte und sprunghafte Mischwirtschaftsregierung der letzten Monate löste starke Unwillenserklärungen aus. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die sächsischen Staatsräte nicht in stande seien, für die landwirtschaftlichen Kreisgruppen Gesteckungskosten in einer Weise festzulegen, daß sie für die Preisbildung der landwirtschaftlichen Privatbetriebe grundlegend sind. Fast allgemein wurde einer veredelten Erzeugnissbewirtschaftung, die nicht nach der Kriegs-Erzeugnissbewirtschaftung aufgebaut werden dürfe, das Wort geredet. Die Versammlung befürchtete sich dann noch eingehend mit den sehr trüben Verhältnissen in der Rüderverteilung und weiter mit der drohenden Erhöhung der Umsatzsteuer.

* Die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gescheitert. Der "Dresdner Volkszeitung" aufzugeben sind die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten anwesend. Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen gescheitert. Bei den vorangestellten Beratungen bestanden die Vertreter der P. S. B. D. auf den von ihnen eingebrachten Richtlinien und betonten, daß sie willens seien, alle im Rahmen der Reichs- und Landesregierung liegenden Machtbefugnisse anzutreten, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Die kommunistischen Vertreter erklärten, daß ihre Partei keineswegs gewillt sei, mit einem oder zwei Ministern in die Regierung einzutreten. Sie könnten nur ein Regierungsprogramm unter Anerkennung der kommunistischen Richtlinien annehmen. Daraufhin mußten die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen werden. Wie die "Dresdner Volkszeitung" hinzufügt, wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion sofort zu der neuen Lage Stellung nehmen. Es muß überwartet werden, ob die Kommunisten willens sind, eine Arbeiterregierung unmöglich zu machen.

* Ungünstige Arbeitsmarktlage. Nach dem Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung vom 19.—25. November 1922 hat die ungünstige Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Berichtswoche keine Wendung zum besseren erfahren. Der Eingang offener Stellen liegt nach, ebenso die Vermittlungstätigkeit. In der Landwirtschaft mangelt es an weiblichen gelehrten Kräften im Gegensatz zu männlichen ungelehrten. Die Aufnahmefähigkeit des Bergbaus wird durch Unterkunftsangebot. Gut beschäftigt blieben die Glashütten und die Eisen- und Vorspannindustrie. Die leichte Bekleidung in der Vermittlungstätigkeit der Metallindustrie steht an. In der Textilindustrie verzögert nur die Handels-, Tuchfabriken- und Webwarenindustrie noch gute Beschäftigungsmöglichkeit. Das Buchbindergewerbe war nur gering aufnahmefähig. In der Kartonagenindustrie besteht Überangebot von Kartonagenarbeiterinnen. Im Sattlergewerbe erfolgten nur vereinzelte Einstellungen von Treiblementartern und Autobahnarbeiterinnen. Das Holzgewerbe ist noch gut beschäftigt. In den Nahrungs- und Genussmittelgewerben sind die Vermittlungsmöglichkeiten nach wie vor gering. Das Schneidegewerbe war für erstaunliche Kräfte noch aufnahmefähig. Die Schuhindustrie arbeitet verfützt. Am Rüstungsgewerbe war die Beschäftigungsmöglichkeit weiterhin günstig. Die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe hat eine wesentliche Beeinträchtigung für gelehrte Kräfte nicht erfahren. Für Steinmetze und Glaser, Tischdecker und Ofenleger ist der Beschäftigungsgrad noch günstig. Im graphischen Gewerbe trat keine Besserung ein. Im Handelsgewerbe erfolgten weitere Entlassungen von Angestellten. Die verminderte Arbeitsmöglichkeit in der Industrie wirkt günstig auf das Gastwirtschafts- und die Haushirtschaft; bei Vermittlungen in Dienststellen werden jetzt nicht mehr so große Schwierigkeiten entgegengesetzt. Der Arbeitsmarkt für Ungelehrte verschlechterte sich.

* Ruhesstand bezüge. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Den im Ruhesand befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Geistlichen (die, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrern sowie ihren Hinterbliebenen werden die Versorgungsgebühren am Anfang Dezember in der ab 1. Oktober 1922 maßgebenden neuen Höhe überwiesen. Zugleich erhalten sie die Mehrbeträge nachgezahlt, die sich gegenüber den am 30. September 1922 zuständigen Gebühren für die Monate Oktober und November ergeben. — Für die Monate November und Dezember haben sich die Versorgungsgebühren inzwischen weiter erhöht. Es wird angestrebt, die ent-

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.
20. Fortsetzung.

Noch kurzem Überlegen wählte er seinen Platz in einer Ecke der schumigen Corrienterrasse und saß hier getaumelt in stumpfem Brüten am Rande des Hinterzimmers, in übigen Spiegeln schimmernden Wassers, das in kaum merkbare Strömung unter einem verschwommenen Grünbelag schwankte.

Die Überdämmerung brach unter dem langsam breitenden Scharfumrissen Konturen der fernern Glashauswände in bläulichen Nebeln verschleiernd.

Ein kleiner Blitzzampier glitt vorbei, zuckend und schauend; ein vor Marktweber hasten auf dem Hinterdeck bei ihren großen Spannkörpern; ihr schweres Plott klirrte dumpflich durch die klare Luft.

Die Schatten der mächtigen Häusergruppen fielen weit über den kalten Fluss dahin.

Hier und da blitzten schon die ersten Dächerstreifen zwischen den ragenden Steinmauern hindurch und noch immer lag Paul in seinem einsamen Terrassenversteck, unsichtbar, sich zu einem freien Ersthilfe durchzuringen.

Glumlich dachte er daran, durch einen Sprung über das weinumrankte Geländer seinen Quallen ein rasches Ende zu bereiten, dann aber schaute er wieder zurück vor diesem Wasser und seiner trüben Oberfläche, auf der der Schriftsteller Schubert schwamm.

Endlich zogte er sich und trat wieder auf die Straße hinaus.

Es war ihm plötzlich eingefallen, daß hier draußen im Osten ein Gehmann namens Gründler wohnen müsse, mit dem er in früherer Zeit mehrfach in Verbindung gehandelt hatte.

Herr Gründler, ein kleiner, behäbiger Mennig von unverkennbarem Berliner Typus, der urplötzlich in der Straßauer Straße eine Strumpfwarenfabrik besessen hatte, betrieb seit mehreren Jahren mit bedeutendem Erfolge ein Darlehnsermittlungsgeschäft.

Durch periodisch erscheinende Annoncen in den Tageszeitungen fast aller größeren Provinzstädte versprach er Geldlöhenden bares Geld auf Wechsel, Schuldcheine usw., eventuell auch ohne Strafhaft.

Der pekuniäre Gewinn aus diesem eigentümlichen Bankgeschäft war ein ganz erstaunliches. Herr Gründler pflegte ihn

speziellen Nachzahlungsbeträge den Verlängerungsberechtigten noch vor Weihnachten auf dem bisher üblichen Wege zu überweisen.

* Kartoffelpreis. Die Kartoffelnotierungskommission hat am 27. November 1922 für weiße, rote und gelbliche Sorten einen Preis von 500 Mark notiert.

* Freie Bahn dem Tädtigen! Die Reichsleitung des Staatsansais schreibt: Eine vom Wirtschaftsministerium erlassene Verordnung gibt auch solchen Bauernleuten, die keine regelmäßige Baufachausbildung nehmen konnten oder wollten, die aber die Kenntnis und Fähigkeiten eines Bauhüters zu haben glauben, Gelegenheit, sich prüfen zu lassen und das Meisteugnis einer Bauaufsicht zu erwerben. Außerdem wurde (noch erstmalig) an der Staatsbauschule in Lützen ein solcher durch Selbststudium vorgebildeter Bauermann geprüft. Er hat seine Prüfung bestanden. Es hat behauptet, daß die oben erwähnte Verordnung prüfungstechnisch rechtlos beschieden ist. Der Fräulein, 22 Jahre alt, war aus bescheidensten Verhältnissen hervorgegangen. Er hat seit Jahren aus eigenem Antriebe, mit offensichtlich großem Fleiß und äußerer Ausdauer an seiner Bildung gearbeitet. Seine Freunde über die Ausbildung des Meisteugnisses war beständig auch besonders groß. Es ist hier ein neuer Beweis erbracht, daß für die Beurteilung der Täglichkeit und für den Nutzen des Täglichen es nicht darauf ankommt, wo er sie seine Kenntnisse erworben hat, sondern einzigt und allein daraus, ob und in welchem Umfang er sie überhaupt besitzt. Auf diesem Wege schafft man in der Praxis wirklich Freie Bahn dem Tädtigen".

* Eintritt in die Landespolizei. Unterbreiteten jungen Leuten aller Stände zwischen 19 und 23 Jahren, die einen festen Lebensberuf ergreifen wollen, bietet sich in dieser Zeit der tüchtigsten wirtschaftlichen Konjunktur günstige Gelegenheit zum Eintritt in die Landespolizei. Es kommen jedoch nur solche Leute in Frage, die unbescholtene, seit mindestens zwei Jahren fachliche Staatsangehörige und überwältig und geistig für den Polizeidienst geeignet sind. Höhere Ausbildung erteilt die Landespolizeiverwaltung, Abteilung III, Dresden-A. (Schloß), an die auch die Gesuche um Einstellung zu richten sind.

* Die Notgemeinschaft in Sachsen. Ein Bild erstaunlicher Einmütigkeit bot am Montag der große Saal im Dresdner Rathaus wo das große Hilfswerk "Deutsche Notgemeinschaft" in Sicht in festen Formen gegossen wurde. Nach informierenderen Dirigierungen des Kommerzienrates Moritz und des Gewerkschaftsrats Tempel erklärten sämtliche Anwesenden ihr Einverständnis mit dem Plan, unter Benutzung der bestehenden Organisationen und unter Ausschluß neu zu errichtender organisatorischer Apparate ein Hilfswerk zu schaffen, das die schnelle positive Hilfeleistung für die Armen und Nervosen unserer Tage zur Aufgabe hat. Nachdem die Arbeitnehmer sich bereit erklärt hatten, im ganzen Lande einen in zwei Raten zu leistenden Stundentheil der Notgemeinschaft zu fordern, nachdem auch die Beamten zur Abführung von 1/2 Prozent eines Monatsgehaltes sich bereit erklärt, nahmen die Vertreter aller übrigen Organisationen der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Landwirtschaft, der Handels- und Gewerbeakademien, der Banken und der amtlichen Wohlfahrtsanstalten das Wort, um in schöner Übereinstimmung den Plan gutzuheißen und seine tatsächliche Förderung zu versprechen. Die Industriellen werden ihrerseits den Betrag bewilligen, den ihre sämtlichen Arbeiter abführen; in ähnlicher Weise werden auch die übrigen Berufsgruppen verfahren, so daß nach überflächlicher Schätzung in kürzer Zeit mit einem Hilfsfonds von 250 Millionen Mark zu rechnen sein dürfte. Die Bezeichnung der Unterstützungen soll durch die amtliche Wohlfahrtspflege geleistet, unterstützt durch Hilfsausschüsse in allen Orten, entsprechend dem Vorschlag des Reichsministers. Grundsatz soll sein, daß die eingehenden Geldeinheiten für die Dritte und Beziehungen verwendet werden, aus denen sie stammen. Es werden ein großer Landesausschuß und ein geschäftsführender Ausschuß bestimmt, der im Einvernehmen mit der Presse deren Bereitwilligkeit zur Milderung der Not zu leisten hat. Jeder gehörte zu den Spartenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände, einige amtliche Stellen, ein Vertreter der Presse usw. Die Geschäftsstelle befindet sich im Ministerium des Inneren, Königsufer 2, die Hauptkassenstelle ist die Landständische Bank, Höhle Dresden. Über den Rahmen der festen Beiträge, zu denen sich alle Berufsfähige in nachahmungswertem Einmütigkeit verpflichteten, sollen der Gebeutigkeit feinerlei Schranken gezogen sein.

* Rüderrau. Bericht über die Gemeinderatssitzung am 21. November 1922. An Stelle des durch Wegzug ausgeschiedenen Herrn Beimann trat Herr Sommer in den Gemeinderat ein und wurde von Herrn Gemeindevorstand durch Handelsberatung verpflichtet. 1. Es wurden die Vorschläge der Kommission über Umbenennung der Straßen vorgetragen. Es sollen umbenannt werden die Georgstraße in

in seinen Steuererklärungen bescheidenlich auf fünfzehntausend Mark zu veranschlagen.

Neben seinem Provinzialgehalt arbeitete Gründler in der Hauptstadt jedoch noch in einem zweiten, wie er selbst betonte, "reellen" Wechselseitig, das ihn vorwiegend mit der Gardesavallerie und der Leibwache des Berliner Reiches zusammenführte.

Auch hier munkelte man bereits von allerlei dunklen Schleidungen mit Kellereiweihen und ganzen Warenlogern des merkwürdigsten Genres, die verschiedene junge Offiziere Existenz und Vermögen geflossen haben sollten; bisher hatte die Staatsanwaltschaft aber noch keinerlei Handbrote gefunden, in das leichten Treiben des Heils unter der Maske des Biedermanns aufstrebenden Gründler etwas näher hineinzulooken.

Nach langem unentschlossenen Schwanken war Paul endlich zur dritten Etagen eines großen Gebäudes am Moritzplatz hinaufgestiegen, die ihm sein Notizbuch als Wohnung des Herrn Gründler bezeichnete, und zog die Klingel.

Ein kleines Dienstmädchen nahm ihm seine Karte ab, verschwand auf eine halbe Minute und führte ihn dann in den direkt an den Korridor anstoßenden Salon.

Paul war ganz überrascht von der Eleganz der vornehmen Empfangseinrichtung, die er bei dem spätklassizistischen Gründler garnicht vermutet hatte; indessen blieb ihm keine lange Zeit zu weiterem Nachdenken, denn im nächsten Augenblick öffnete sich die Korridorluke von neuem, und der Hausherr trat in Schlack und Pantoffeln, ein freundliches Lächeln auf dem breiten, unrasierten Gesicht, mit bedächtiger Langsamkeit herein.

"Guten Abend, mein lieber Herr Hausmann! Was verhälft mich denn heute noch die unerwartete Ehre eines so späten Besuches?"

Damit spülte er seinem jungen Gäste cordial die Hand und nötigte ihn in einen der hellen Plüschsessel.

Paul Hausmann sah dem Gründler in kurzen Worten seine Lage einander, indem er sogleich schnell entschlossen den eigentlichsten Kernpunkt seines Besuches in Angriff nahm; er habe in der vergangenen Nacht im Club eine erbärmliche Verbindlichkeit kontrahiert, die unbedingt in vierzehnzig Stunden erledigt sein müsse; seine daran Mittel seien zur Zeit leider vollständig erschöpft; er frage deshalb an, ob Herr Gründler vielleicht in der Lage sei, ihm die fragliche Summe — etwa fünfzehntausend Mark — bis zum Mittag des nächsten Tages zu angenommenen Bedingungen zuverleihen.

Gohlbergstraße, Weberstraße in Gohlberg, Weberplatz in Tornsdorf, Karlsstraße in Schillerstraße, Wilhelmstraße in Waldstraß und Heinrichstraße in Schmöckwitz. Die Vorschlagsliste wurde vom Gemeinderat genehmigt. 2. Nach Vorschlag des Finanzministers wurde beschlossen, für dieses Jahr die Grundsteuer auf 200 Mark zu erhöhen. Die Gehälter der Gemeindebediensteten wurden um 100 Prozent erhöht. Über die Hilfskraft zum Eintragen der Steuerbücher wurden 200 Mark bewilligt. Zur Gedung der Kriegerdenkmale betriebe der Denkmalschutz den Gemeinderat erlaubt, eine Beihilfe von 10.000 Mark zu gewähren, das aber durch Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Die Gemeindebediensteten wurden um 100 Prozent erhöht. Über die Hilfskraft zum Eintragen der Steuerbücher wurde der Gemeindevorstand teil mit, daß Herr Schlegel aus dem Wohnungsbau austreten wolle. Herr Schlegel erklärt, daß der Wohnungsbau und die Ortsbehörde in einer Wohnungslage in einer Weise gegen ihn vorgegangen seien, die er eigentlich nicht für zulässig hielte und er deshalb ein weiteres Arbeitsamt im Wohnungsbau ablehnte. Der Gemeindevorstand hat das Gesuch genehmigt. Herr Hörner tritt an dessen Stelle in den Wohnungsbau. Da wiederholt von Haus aus mit E. B. dahin in Verbindung zu stehen, daß dieser der Gemeinde Wohnungsaufnahme unterliegen kann. Beschlusses wurde, ein Quantum Kärtchen zum Ausbessern der Straßen anfahren zu lassen. Der Gemeindevorstand teilte mit, daß die Gebanmenspensum von 9000 auf 18.000 Mark und die Gebühren für die Heimbürgen für Beleben von Kindern bis 2 Jahre auf 200 Mark, bis 14 Jahre auf 250 Mark, für Beleben von Personen über 14 Jahren auf 500 Mark festgesetzt worden sind. Der Anteil einer Dienstbaurzogenhaft auf Beiträgt der Gemeinde wurde beim Wohnungsbau zur Erklärung überwiesen.

* Rüderrau. Nach dem Schiedspruch des Mietentwicklungsamtes der Amtsbaumanstalt sind folgende Hundertabzüge zur Grundmiete festgelegt worden: 15 Prozent Dienstbaurz., 11% Mietentwickelosten nach Berechnung, 12%, 10% laufende Instandsetzungarbeiten und 10% Prozent große Instandsetzungarbeiten.

* Vorn a. Einem bleibigen Einwohner wurden fünf Gänse gekloben, in Canith verbaute Einbrecher einen Gutsbesitzer um sechs Gänse und in Döbendorf wurden fünf Hühner aus dem Stalle entwendet. Einem Gutsbesitzer in Glossen wurden nachts vier Hähne und dreißig Hühner entwendet.

* Freital. Dem Privatus Paul Mittag wurden von Dienstag nachts sämtliche 28 Hühner geschohnen und im Stalle geschichtet.

* Stolzen. Der Gutsbesitzer Otto Kunze in Stolzen wurde vom Buchergericht Hungen zu 30.000 Mr. Goldstrafe oder 300 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er verlautete, seine Kartoffeln je Beutel mit 700 Mark zu verkaufen, obwohl damals die Kartoffeln mit einem Marktpreise von 350 bis 380 Mark je Beutel notiert waren.

* Neustadt. Wenn die Not am größten. Ein junges Mädchen aus Bad Schandau hatte am gestrigen Sonntag den letzten Zug verlaufen und stand nun ratlos am Bahnhof. Da lagte der junge „Bräutigam“ kurz entschlossen: „Gehen wir zu Fuß!“ Weinend entgegnete ihm alsdann die Braut: „Mein lieber Schuh ist nicht ganz und unterwegs sind die Wege so nah, und ich kann nicht so weit laufen!“ Das hatte zufällig ein Autohändler gehört und nahm sich der Matrosen, vielleicht aus Freitral, an und bald ging im Fluge nach Schandau. Das Auto traf 20 Minuten eher ein als der Zug.

Gerichtshof.

* Kohlenfuhrenmeise gekloben und verschoben. Eine umfangreiche, in mehrfacher Beziehung auch interessante Strafsache beschäftigte am Dienstag im vielstündigsten Sitzung das Schöffengericht zu Freital-Döhlen. Anklage war erhoben worden gegen den Kutscher Julius August Döder, 68 Jahre alt, Reinhard Willi Sandig, 22 Jahre alt, und Richard Max Pierster, 19 Jahre alt, gegen den 33 Jahre alten Fuhrwerksbesitzer Herbert Richard Schurz und den 27 Jahre alten Maschinendarbeiter Hugo Karl Klappe, sämtlich aus Freital. Der Gründungsbeschluß legte den Angeklagten Beitrug und Beihilfe u. a. zur Last. Die erstmals genannten drei Kutscher waren bei einer Freitraler Firma beschäftigt, die einen großen Teil der Kohlenabfuhr im sozialen Steinborkenfeld Bauderode zu erledigen bat. Während der letzten Sommermonate sollen sich die Kutscher mehrfach ganze Bahren Steinkohlen "auf" gemacht haben, wie der Fachausdruck unter ihnen lautete. Sie sollen in mindestens sechs Fällen beispielweise bei Abfuhr der Kohlen die üblichen

Herr Gründler war dem Bericht seines Klienten, ohne ihn mit einem Worte zu unterreden, mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt; nur bei der Benennung der Darlehnssumme, die Paul, um über den Betrag seiner eigenlichen Schuld noch etwas Betriebskapital in der Hand zu behalten, auf ein halbes Hunderttausend erhöht hatte, verzog sich sein Gesicht zu einer fast schmerzhaften Grimasse.

"Hunderttausend Mark!" sagte er endlich, den grauen Kopf bedächtig hin und her wiegend. "Ein schönes Stück Geld, Herr Hausmann, wenn man's verdienten muß! Ein schönes Stück Geld! Und wie dochten Sie sich die Unterlagen für ein Darlehen von solcher Höhe?" schloß er lauernd.

„Ich bin bereit, Ihnen dafür einen Wechsel zu geben, bei dem Sie jede beliebige Summe, sagen wir Hunderttausend, metzutwegen sogar hunderttausend Mark verdienen sollen. Ob kommt mir nur darauf an, wie über die gegenwärtige Situation hinwegzubringen!“

Mit einer frappierenden Bewegung fuhr sich Herr Gründler durch die bereits fast gesättigten Haare.

"Wie lieber Herr Hausmann!" sagte er dann. "Wir wollen doch nicht mittelmäßiger Verlust spielen! Was mögt mir ein Wechsel mit Ihrer Unterschrift? Grübler, als Ihr Herr Bauer — Gott hab' ihn selig — noch lebte, lag die Seite anders. Da waren Sie gut für jede Summe. Aber jetzt — —"

Er schwitzte in eigenmäßlicher Weise mit seinen Zügen, funkelnd ringend.

"Nehmen Sie wir's nicht übel, aber wir verlieren beide nur unsere Zeit, wenn wir keine anderen Wechseldokumente können."

Mit einem zäffigen Blick sah Paul an seinem Gegenüber vorbei, daß ihn unter den halbgeschlossenen Augenlidern blitzend bedachte.

"Es war ihm ganz so gekommen, wie er es ja auf dem Wege zum Moritzplatz immer von neuem wiederholte; es war ja der reine Wahnsinn gewesen, in seiner gegenwärtigen Situation und bei seinem Gründler ganz genau definierten Verhältnissen von diesem vorstüfigen geriebenen Buche Hilfe zu erwarten.

"Na, lieber Herr Hausmann, verlieren Sie nicht gleich ganz den Mut!" nahm Herr Gründler nach längeren Pause wieder das Wort. "Wenn Sie diese Sache nicht allein austringen können, austringen Sie vielleicht zwei. Sie haben doch ein halbes Schöd solventer treulicher Freunde!"

Paul zuckte die Achseln.

Mous Kohlenamt nicht übersehen, und wenn es läuft, dann ein zweitesmal, aber auch falls das Gericht glückt, eine dritte Fahrt. Die Fahrt kostet und diese hierauf unter der Hand versteckt haben. Gerade weil sie mit der regelmäßigen, gewissermaßen amlichen Kohlenabfuhr beschäftigt waren, soll man ihnen nicht so schwer auf die Finger gelegen haben. In der Verhandlung drohte es sich um eine Anzahl Kohlenanzüge, die vom häbischen Kohlenamt über je 20 Hektometer Schmiedefabrik ausgetragen, und die für das Landgericht am Münchner Platz bestimmt waren, und die sie sich auch behalten haben, um dann, wie schon erwähnt, erneute Fahrt vom Hafen wegzuführen. Gelingt es, eine derartige Fahrt Kohlen zu entnehmen, dann wurde diese zum Fuhrwerksbesitzer Schutz gefahren. Was dies nicht möglich ist, liegen die betreffenden Fächer den Wagen bis zur Eisenbahnbrücke vor, dort aus wurde der Transport mit anderen Wagen durch Schutz selbst weggeschobt. Eine solche Fahrt Kohlen hatte damals einen Wert von 11000 bis 20000 Mark, die Fächer erhielten von Schutz 2000 bis 8000 Mark vergütet. Der andere Witangestellte Klapper war bei Schutz als Arbeiter beschäftigt, er ging in Kontor, Gutsverwaltung und sonstige gewerbliche Unternehmen, die ja bei der oft sehr knappen Sitzung immer ein Interesse haben, Kohlen unter der Hand zu erwerben. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß diese vorerwähnten Fahrt Kohlen zu je 20 Hektometern nicht nur mit entsprechendem Aufschlag, sondern auch noch als Kosten von 40 und 40 Hektometern verhakt werden und, insoweit machen sich Klapper und Schutz auch noch des Betrugs und der Abgabe von Kohlen ohne Marken schuldig. Bei der etwas verwirrenden Schilderung machte sich eine längere Beweisaufnahme erforderlich, so folgte ein Beamter vom Kohlenamt aus, daß bei einer Nachprüfung festgestellt worden sei, daß für das Münchner Platz befindliche Landgericht nicht Gefangenenzettel erst fünf Fahrt, dann später aber 500 Hektometer Kohlen als nicht geliefert ermittelt worden sind, diese sind rund 14 Fahrt. Als Zeugen wurden unter anderen Gendarmeriekommissar Hilbert und Oberstleutnant Helmig geholt, die beide sehr ausführliche Angaben machten. Als die Polizei hinter diese Kohlenfahrt kam, wurde eine ganze Fahrt in der Friedhof-August-Hütte beschlagnahmt. Dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend wurden nach langer Verhandlungsbauer im Sinne des Eröffnungsbeschusses folgende Strafen ausgemessen: Veder vier Monate, Sonder drei Monate und Werkfrei sechs Wochen Gefängnis, Schutz zehn Monate Gefängnis und 50000 Mark Geldstrafe, und Klapper fünf Monate Gefängnis sowie 15000 Mark Geldstrafe. Da die Geldstrafe nicht beläuftrein, dann trifft für je 1500 Mark ein Tag Gefängnis als Ersatzstrafe an deren Stelle. Gewart Schutz verurteilt worden ist, erkannte das Gericht aus auf Publikation.

Bermischtes.

Infolge von Lawinenfällen wurde, wie aus Indien gemeldet wird, der gesamte Verkehr auf der Strecke St. Anton—Bludens von gestern ab bis auf weiteres eingestellt.

Die Opiumtragsäfte in Cardiff. Die drei Schwestern Florence, Greenbottle und Rosetta Paul, die, wie bereits berichtet, vor wenigen Tagen in Cardiff bewußtlos bei einem toten Chinesen im Bett gefunden wurden, haben das volle Bewußtsein noch nicht wieder erlangt und können noch keine Aussagen machen. Das Opiumdosis war so stark, daß sie immer wieder bewußtlos werden. Der tote Chines war verheiratet, seine Frau und ein Kind leben in Shanghai.

Erzbistum Eisenbahnunglüx. Auf der Blankenburg-Bergbahn zwischen Quedlinburg und Akenbort hatten vier Leute einen Baumstamm auf die Schienen gewälzt, um den Güterzug zum Entgleisen zu bringen. Der Lokomotivführer konnte noch rechtzeitig den Zug zum Stehen bringen, ehe sich ein Unglück ereignete. Nun versuchten die Männer mit Gewalt, auf die Maschine zu springen, was aber nur einem gelang, der eine Strecke misfuhr. Die Räumen wurden festgestellt. Die Leute lebten schwerer Bestrafung entgegen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 30. November 1922.

Kommunistischer Parteitag.

X Berlin. Nach einem Beschluß der Zentrale der kommunistischen Partei findet laut „Roter Fahne“ der Parteitag der K.P.D. am 28. Januar und den folgenden Tagen in Leipzig statt. — Nach einer weiteren Meldung des Blattes hat die Maschinenbau-A.-G. Karlsruhe die Teilnehmer am Berliner Betriebsratetagung fristlos entlassen.

Das Trennungsbüro zum deutschen Vaterlande.

X Gödesberg am Rhein. Nach der „Römisches Zeitung“ hat eine von fast allen Parteien stark befürchtete Versammlung nach einem Vortrag des Reichstagabgeordneten Professor Moldenhauer über die neuesten französischen Drohungen einstimmig eine Entschließung angenommen, in der das Trennungsbüro zum deutschen Vaterland erneuert und der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß jeglicher Parteibader nun verschwinden und alle Parteien sich in der einzigen Kündigung zusammenfinden werden: Wir halten fest am Deutschen Reich. Deutschland, Deutschland über alles!

Die Gewalt in der Bayerischen Mittelpartei.

X München. Nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ bleiten die unter Führung des Obersten a. D. Edelander und Dr. Buttman stehenden Mitglieder der Ortsgruppe München der Bayerischen Mittelpartei eine Versammlung ab, die die bisherige Wirtschaftsförderung, die Überführung der Ortsgruppe in die Ortsgruppe des völkischen Rechtspolitik durchzuführen, die sich auf ganz Bayern erstredet soll. Wie das Blatt weiter meldet, hat Oberst a. D. Edelander die gegen die Wirtschaftsförderung der Bayerischen Mittelpartei angestrebte Gestaltungslage zurückgezogen.

Die bayerische Industrie zur Frage der Kohlenkreise und Gütertarife.

X München. In einer Mitteilung des Verbandes bayerischer Industrieller an die bayerische Regierung wird die schwere Sorge hervorgehoben, die die bayerische Industrie angesichts der Entwicklung des Kohlenpreis und des Eisenbahnübertarif habe. Anfolge der weiten Entfernung von den Industriegebieten, so heißt es, haben sich die Städte als eine unerträglich wachsende Verunsicherung der bayerischen Industrie ausgewirkt, wodurch jeder Wettbewerb absurdlich aufgehört. Da vom Reichsverkehrsministerium durchgreifende Maßnahmen zur Befriedung der bayerischen Not nicht zu erwarten sind, rüttet der Verband an die bayerische Regierung die Bitte, gemeinsam mit den Regierungen Württembergos und Badens beim Reichstag anstrenglich zu werden, daß er im Interesse einer überalltümlichen Regierung im Reiche auf die Lebensbedürfnisse der Süddeutschen Staaten Rücksicht nehme und beim Reichsverkehrsminister dahin wirke, daß den Süddeutschen Staaten die unbedingt notwendige Straffung der Tarife und ein Ausnahmetarif bewilligt werden.

Pariserzen im Prager Parlamente.

X Prag. Bei der gestrigen Abstimmung über das tschechoslowakische Budget für das Jahr 1923 kam es zu stürmischen Szenen. Sämtliche von deutschen Abgeordneten gehaltenen Abänderungsanträge wurden vom Ministerium

abgelehnt, was natürlich die Erhöhung der deutschen Abgeordneten erreichte. Als beim Kapitel über Sozialversicherung wiederum ein Antrag der deutschen Sozialdemokraten abgelehnt wurde, verliehen diese unter Protesten den Saal. Die im Saale zurückbleibenden deutschen bürgerlichen Parteien überstürzten die Minister und die Mehrheitsparteien mit Schlägen. Eine Menge von Bulten in den Händen der deutschen Parteien gingen in Trümmer. Die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten griffen zu dem Obstruktionssmittel, daß sie einander laut Sitzungen vorlasen oder laut miteinander redeten. Unter Strom wurde tatsächlich das Finanzgesetz und damit das Budget in beiden Sitzungen angenommen. Für das Budget stimmten die tschechoslowakischen Mehrheitsparteien, dagegen die deutschen Bürgerlichen und die deutschen Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Tschechische Gewerkschaftspartei, sowie die Slowakische Volkspartei.

Mussolini's Reformen.

X Rom. Der Senat nahm mit 170 gegen 26 Stimmen eine Gesetzesvorlage an, die der Regierung bis zum 31. Dezember 1923 Vollmachten zur Reorganisation des Finanzwesens und zur Reform der Bürokratie erteilt. Der Senat vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Keine französische Note.

X Paris. Der „Tempo“ spricht von dem Gericht, das in Berlin verdeckt worden ist, die deutsche Regierung hätte von der französischen Regierung eine Note erhalten, in der mitgeteilt werde, daß, wenn die Lösung der Reparationsfrage nicht durch Vorschläge der deutschen Regierung übergetragen werde, sich die französische Regierung gewungen sehe, gewisse Maßnahmen zu ergreifen, um sich Bänder zu verschaffen, welche die Ausführung der auf den Vertrag begründeten Unprüche sicherstellen. Der „Tempo“ glaubt zu wissen, daß dieses Gericht unbegründet ist. Die französische Regierung habe eine derartige Note nicht nach Berlin abgegeben lassen.

X Paris. Über die Stimmtung nach den Verhandlungen im Elisee berichtet die „Tere Nouvelle“: Man kann, ohne zu übertrieben, sagen, daß das englische Kabinett im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung eine Note erhalten, in der mitgeteilt werde, daß, wenn die Lösung der Reparationsfrage nicht durch Vorschläge der deutschen Regierung übergetragen werde, sich die französische Regierung gewungen sehe, gewisse Maßnahmen zu ergreifen, um sich Bänder zu verschaffen, welche die Ausführung der auf den Vertrag begründeten Unprüche sicherstellen. Der „Tempo“ glaubt zu wissen, daß dieses Gericht unbegründet ist. Die französische Regierung habe eine derartige Note nicht nach Berlin abgegeben lassen.

Die Vorsitzende in London.

X Paris. Nach dem „Petit Parisien“ ist es jetzt ziemlich sicher, daß die Ministerpräsidenten von Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien in der kommenden Woche in London eine Vorberatung abhalten werden. Gestern abend habe die englische Regierung Einladungen an Russo-Itali und Théophile ergeben lassen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß beide die Einladung annehmen würden. Es scheint, daß die italienische Regierung sich an neuen Reparationsverhandlungen aktiv zu beteiligen wünsche und an einer Abänderung des Vertragsschlusses hoffe, der seinerzeit in Spa angenommen wurde. Die Vorberatung werde der Beratung unter den alliierten Sachverständigen folgen, die sich bis zum Beginn der Brüsseler Konferenz hingeben werde. In London werde man vor allem über die Frage des Deutschlands zu gewährungsbedürftigen Verhandlungen entscheiden. Über alle diese Fragen habe die französische Regierung noch keine Entscheidung getroffen. Die Zusammenkunft in London werde zweifellos gesetzten, festzustellen, ob ein interalliertes Abkommen über die Reparationsfrage möglich oder ob es besser sei, auf die Konferenz in Brüssel zu verzichten.

Wie der griechischen Minister handeln.

X Paris. Nach einem Telegramm des „Intransigeant“ aus Athen sind die verurteilten Minister alle mutig gestorben. Sie wurden gefragt, ob sie ihren letzten Willen äußerten wollten, gaben aber keine Antwort. Gunaris war eben erst von einem Sieberanschlag genehmigt. Er hatte nur eine Treppe hinuntergestiegen, um zu der Mauer zu kommen, an der die Verurteilten aufgestellt wurden. Alle waren gut gekleidet und sehr bleich. Valtzagi wußte mit einem feinen Taschentuch sein Monokel ab und kleinte es ins Auge. Stratos sah bitter lächelnd die Soldaten an, die auf das Kommando warteten. Dann rückte er seinen Blick fest auf ein weißes Haus, das dem Richtungsspolke gerade gegenüber lag; hier weilte seine junge Frau, der sie letzten Gedanken galten. König Georg, der die Schüsse in einem Hause hörte, war tief betrübt; er wußte, daß diese Missat schwere Folgen für sein Land haben müsse.

X Belgrad. Der Belgrader Presse wird aus Athen gemeldet, daß König Georg von Griechenland sich bemüht habe, die Hinrichtung der verurteilten griechischen Minister und des griechischen Generals zu verhindern. Es sei deshalb ein Konflikt zwischen ihm und der Regierung ausgebrochen. Nach vollzogener Hinrichtung habe der König die Regierung gebeten, Griechenland verlassen zu dürfen. Die Regierung widerstieß sich und habe Maßnahmen getroffen, um den König zu verhindern, seinen Palast zu verlassen. **Blutige Arbeitervoltei in Madrid.**

X Madrid. Havas meldet: In Tay erfolgte ein blutiger Zusammenstoß zwischen der Polizei und streikenden Arbeitern. Die Bewohner der Ortschaft Guillarey, die sich geweigert hatten, verschiedene Vorabtretäge zu zahlen, sollten gestern geplündert werden. Sie verlammten zum Widerstand 2000 Arbeitern aus den benachbarten Ortschaften, die mit Totzögern, Messern, Sicheln und Sägen bewaffnet die Gerichtsvollzieher in drohender Pöhlung empfingen.

Dieser erzielte die Polizei um Schwere, die von der Menge umringt, von der Waffe Gebrauch machen mußte. Die Gendarmerie stellte die Ordnung wieder her. Man meldet drei Tote, darunter eine Frau, und acht Verwundete, von denen einige hoffnungslos darunter liegen. 18 Personen sind verhaftet worden. Unter den Verwundeten befinden sich der Gerichtsvollzieher und 2 Gendarmen.

Vereinigung der Liberalen Englands.

X London. Nach einer Blättermeldung haben sich Lloyd George und Asquith gestern beide schriftlich für eine Vereinigung der beiden liberalen Gruppen ausgesprochen.

Die amerikanischen Truppen bleiben im Rheinland.

X London. Der „Times“ aufzugeben teilte das amerikanische Staatsdepartement mit, daß die Absicht der Regierung, die noch im Rheinland anwesenden amerikanischen Besatzungstruppen zurückzuziehen, aus wichtigem außenpolitischen Gründen noch nicht verwirklicht werden könne. — „Times“ aufzugeben wird diese Meldung in Verbindung mit den aus Paris gemeldeten Beschlüssen betreffend das Rückgebot gebracht, die jedoch von der französischen Botschaft in Washington offiziell bestätigt werden.

Die Lausanner Konferenz.

X Lausanne. Die russische Delegation erhält kurz vor Mitternacht eine Antwortnote der Alliierten auf die Note Rataowski. Diese Antwortnote der Alliierten hat folgenden Wortlaut: Die Präsidenten der Konferenz beschreien sich der russischen Delegation den Empfang der Note vom 27. November zu bestätigen. Sie erlauben sich, Rataowski und Borowski darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht die Auslegung anerkennen können, die sie dem Telegramm geben, das die französische Regierung am 14. November an Tschischirin gerichtet hatte. Dieses Telegramm entspricht übrigens der Note, die Tschischirin im Namen der englischen und italienischen Regierung überreicht wurde, und präzisiert, daß die Vertreter Sovjetrusslands das Recht haben werden, während der Debatten über die Meeresfragen sowohl an den Verhandlungen wie an den Entscheidungen teilzunehmen und daß sie infolgedessen in der Lage sein werden, ihre Meinung über die verschiedenen Gesichtspunkte in dieser Frage bekanntzugeben. Die französischen, englischen und italienischen Delegierten auf der Konferenz von Lausanne sind der Ansicht, daß die Einladung zu keinerlei Mißerständnissen Anlaß gibt und nicht im Sinne der russischen Note vom 27. November interpretiert werden kann. Die russischen Delegierten werden infolgedessen eingeladen, an den Verhandlungen während der Debatte über die Meeresfragen teilzunehmen. Die erste Zusammenkunft der Kommission, die von der Konferenz mit der Prüfung dieser Angelegenheit beauftragt worden ist, ist auf Freitag vormittag festgelegt worden. Die Note ist unterzeichnet Curzon, Barrère, Garoni.

Ein russisch-rumänischer Zwischenfall.

X Moskau. Nach einer Mitteilung der russischen Tschetschen-Agentur gerieten anfangs Juni der Kommandeur der Fliegerabteilung Bolajew und ein anderer Flieger auf dem Flug in Richtung nach der Stadt Verowomjek, da sie die Orientierung verloren hatten, nach Verkarabien hinein. Als sie den Irrtum bemerkten und zu wenden beabsichtigten, verliefen die Flieger in Flammen. Sie mussten landen, steckten das Flugzeug in Brand und entfernten sich. Von Soldaten aufgegriffen, wurden sie nach Alschinew gebracht. Bei dem Verhör wurden sie schwer mishandelt und später in einem Lager interniert. Nach Darstellung rumänischer offizieller Kreise hätten die Flieger aggressive Aktionen und Propagandazielle verfolgt. Offizielle Radiomeldungen der rumänischen Regierung hielten den Vorfall als Vertragsbruch der Sowjetregierung gegenüber dem auf der Genfkonferenz aufgestellten rumänischen Abkommen ab. Auf Verlangen des rumänischen Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, die Flieger freizulassen, antwortete Minister Luca, daß er in dem Unfallstall der Flieger die Tatfrage eines Übersfalls auf rumänisches Gebiet erkläre und daß eine Unterierung erforderlich gewebe. Die Behauptung schwerer Misshandlung wies Luca zurück. Die rumänische Regierung sei bereit, die russischen Flieger gegen in Rumänien zurückgehaltene rumänische Staatsangehörige auszutauschen. Am 19. November sandten die russische und die ukrainische Regierung eine Note an die rumänische Regierung, in der sie unter normaler Darstellung des Sachverhalts betonen, daß die beiden russischen Flieger, die nur durch höhere Gewalt gewungen in Verkarabien gelandet seien, keine Verbrechen begangen hätten und deshalb sofort ohne Austausch gegen rumänische Gefangene freigelassen werden müssten. Die beiden Regierungen protestieren ferner gegen die Misshandlungen, deren Opfer die Flieger geworden seien und verlangen strengste Bestrafung der hierfür verantwortlichen Personen. Die Note ist von Tschischirin und Rataowski unterzeichnet.

Subventionen für die amerikanische Schiffahrt.

X Washington. Das Repräsentantenhaus nahm einen Gesetzentwurf über Gewährung von Subventionen für die amerikanische Schiffahrt mit 208 gegen 184 Stimmen an.

Börsenwirtschaft.

X London. Die Diskontierung von Handelswechseln ist größer als die von Reichsbank vom 23. ds. Ms. zeigt, haben zwar die Kreditanstalt an die Bank in der dritten Novemberwoche nicht unweiglich nachgelassen, aber die Wissensschaften von Zahlungsmittel in fast unvermeidbarer Stärke sich fortgesetzt. Der Banknotenumlauf ist weiter um 61,6 Milliarden Mark auf 643,7 Milliarden Mark gestiegen. Der Umlauf an Darlehenstafettenheften ging demgegenüber nur geringfügig, nämlich um 32,8 Millionen Mark auf 13,8 Milliarden Mark zurück. Die gesamte Ratiokontrahentenlage der Bank nahm um 40,5 Milliarden Mark auf 810,3 Milliarden Mark zu; die bankmäßige Defizit allein wurde um 47,6 Milliarden auf 801,5 Milliarden Mark. Von dieser Steigerung entfielen 33,8 Milliarden Mark auf das Beschleifonto und 13,8 Milliarden Mark auf die Reichsbankanweisungsbestände. Die Lombardforderungen ermöglichten sich nach der vorübergehenden stärkeren Sunabnahme innerhalb der Vorwoche diesmal wieder um 7,1 Milliarden Mark. Die fremden Gelder zeigen eine Veränderung um 10,8 Milliarden Mark auf 201,4 Milliarden Mark, die im wesentlichen mit den erwähnten Zahlungsmittelablässen zusammenhängt. Die Instandnahmen der Darlehenstafetten nahm in einem Vorher nie-mals in einer Woche erreichten Betrage zu. Die Summe der ausstehenden Darlehen stieg um nicht weniger als 30,1 Milliarden Mark auf 95,2 Milliarden Mark. Da die Darlehenstafetten einen direkten Vermehrung entstehenden Betrag an Darlehenstafettenheften an die Reichsbank abführen, so haben sich deren Bestände an solchen Scheinen unter Verstärkung der aus dem Verleih zurückgeholenen Summe auf 81,2 Milliarden Mark aufgedehnt.

Markberichte.

X Berlin. Weizen märktlicher 14 800—15 200 pomeranischer 14 800—15 100 für 50 kg ab Stationen, stetig. Roggen, märktlicher 18 200—18 500 für 50 kg ab Stationen, stetig. Sommergerste 12 500—13 500 für 50 kg ab Stationen, stetig. Hafer, märktlicher 13 500—14 200, pomeranischer 13 800—14 200 für 50 kg ab Stationen, stetig. Weizenflocke 15 500—16 000 für 50 kg ab Stationen, stetig. Weizenmehl 39 000—44 000 für 100 kg brutto einschl. Saat frei Berlin 15 500—16 000 für 50 kg ab Stationen, stetig. Roggenmehl innerhalb der Vorwoche diesmal wieder um 7,1 Milliarden Mark. Die fremden Gelder zeigen eine Veränderung um 10,8 Milliarden Mark auf 201,4 Milliarden Mark, die im wesentlichen mit den erwähnten Zahlungsmittelablässen zusammenhängt. Die Instandnahmen der Darlehenstafetten nahm in einem Vorher nie-mals in einer Woche erreichten Betrage zu. Die Summe der ausstehenden Darlehen stieg um nicht weniger als 30,1 Milliarden Mark auf 95,2 Milliarden Mark. Da die Darlehenstafetten einen direkten Vermehrung entstehenden Betrag an Darlehenstafettenheften an die Reichsbank abführen, so haben sich deren Bestände an solchen Scheinen unter Verstärkung der aus dem Verleih zurückgeholenen Summe auf 81,2 Milliarden Mark aufgedehnt.

X Amerikanische Notizen der Produktions-Worte an Chemnitz.

Donnerstag, 29. November, nachmittags 3 Uhr. Stimmen: fest. Weizen 15 000—15 500 Mark, Roggen 13 500—14 000 Mark, Wintergerste —, Sommergerste 14 000—15 000 Mark, Hafer 14 000—15 000 Mark, Mais 17 500 Mark, Weizenmehl 29 000 Mark, Roggenmehl 20 000 Mark, Weizenkleie 7800 Mark, Roggenkleie 7300 Mark, Weizenflocke 7000—7500 Mark, Kleie —, Getreidestroh lose 7500—8000 Mark,



Warum Erdal?

Das weiß doch jeder!
Nur das beste Material
Pflegt die Schuhe,
Schont das Leder

Erdal

Marke Rolfrosch - Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Kammerlichtspiele

Hauptstraße

Heute: "Diamantenfelder". Ab morgen:
"Die Rätsel Afrikas"

5. und letzter Teil:

Die Frau ohne Nerven

und der übrige Spielplan.

Erhöhte Preise.

Täglich 7 und 9 Uhr.

Sonntags ab 4 Uhr.

Ab Montag:

"Der Graf von Monte Christo".
2. Band: "Die Totenkunst des Grafen
von Monte Christo". 7 Alte!

Um recht reigen Besuch bitten
der Besitzer K. Mertz.

Stetige Bänken! Gute Filme!

Gute Bilder!

Gute Namen!

Gute Preise!

Gute Dienste!

Gute Räume!

Gute Dienste!

Das Athener Kriegsgericht.

Nachdem der Versuch der Neugriechen, ihren berühmten Ahnen an Wasserten und Siegen über die „Barben“ nachzuverstern, ein unerträgliches Ende gefunden hat, scheint man in Athen wenigstens an „klassischer“ Unrechtmäßigkeit und Grausamkeit gegen verdiente Männer des Vaterlandes nicht hinter den Athenern und Spartiaten des Altertums zurückbleiben zu wollen. Die neue republikanische Regierung Griechenlands, augenscheinlich verdeckt durch eine venetianische Militärdiktatur, hat unter dem Schein eines Friedensgerichtsverfahrens ein Urteil gefällt, das in der Weltgeschichte kaum jenseitigsteht. Sechs Minister des alten Regimes sind zum Tode verurteilt worden, und dieses Urteil ist sofort vollstreckt worden. Ihre Schuld war lediglich politischer Natur. Sie hatten gefordert, weil sie Unrecht gehabt haben. Man kann, und nicht ohne Grund, die Politik dieser Männer, ihren Mangel an Weisheit und Würde, kritisieren, verurteilen. Am wenigsten haben aber ein Recht an solchem Urteil die Anhänger des Venizelos, die Freunde des Mannes, der nach seiner Verurteilung die imperialistische Großmachtpolitik seinem Volke als unfehliges Erbe hinterlassen hat. Wie berichtet wird, ist Venizelos selbst durch das Enttreffen der Mordnachricht in Lauronne schwer erschüttert worden. Es liegt nahe, an der Ehrlichkeit dieser Gemütsbewegung zu zweifeln. Wenn Venizelos das Verbrechen tatsächlich hätte verhindern wollen, so wäre ihm im Einvernehmen mit dem französischen Gesandten in Athen ein rechtzeitiger Einspruch leicht gewesen. Bisher ist von einem solchen Schritte nichts bekannt geworden. Im Gegenteil, die französische Presse kommentiert mit schlecht verbehlter Begeisterung die grauenvolle Nachricht und stellt sie als innerlich berechtigt dar. Einige Zeitungen bedauern, daß „der Haupthuldige“, König Konstantin, der Strafe entgangen sei.

Im Gegensatz zu seinem französischen Kollegen hat der englische Gesandte rechtzeitig Eindruck gegen die Vollstreckung des Urteils erhoben und nach vollendetem Tat zum Sitz des Protestes gegen die Unmenschlichkeit der neuen Machthaber das Land verlassen. In England wird selbstverständlich dieses Vorgehen einmütig gebilligt. Weiß man doch, daß die Ernennung der Minister die sogenannte englische Partei treffen sollte. In Lauronne hat die Nachricht begreiflicherweise die denkbar größte Erregung hervorgerufen, ja, den Weitergang der Konferenz überhaupt in Frage gestellt. Politisch hat Griechenland durch die Nachbehandlung der Militärdiktatoren einen schweren Schlag erlitten. Es durfte in kurzer Zeit schon dem griechischen Volke zum Verlust sein kommen, daß die in letzter Zeit etwas gesetzte Stellung Griechenlands auf der Orientkonferenz aufs Neue eben so schwer erschüttert worden ist, als wenn die griechische Armee eine neue Niederlage erlitten hätte. Für England ist nun mehr der leichte moralische Zwang gefallen, griechische Interessen bei der Neugestaltung der Dinge zu berücksichtigen. Die unmittelbaren Folgen der Athener Blattat lassen sich im Augenblick noch nicht überblicken.

Die Begründung des Urteils des Athener Kriegsgerichts.

Nach einer Hand-Meldung aus Athen heißt es in der Begründung zu dem Urteil des Kriegsgerichts, über die ehemaligen preußischen Staatsmänner im wesentlichen, die Angeklagten hätten dem Volke bewußt die wirkliche Lage geheim gehalten, obwohl Griechenland seiner Allianz hätte treu und lebig erklärt werden müssen. Sie hätten beschlossen, alles zu tun, um den Thron Konstantins zu befestigen, damit sie unter seinem Regime an der Macht blieben. Sie hätten jede Rundgebung der öffentlichen Meinung, die sich dagegen richtete, durch Terrorismus erstellt. Schließlich hätten sie den Zusammenbruch der kleinen Front provoziert. Unstatt Konstantin von der Notwendigkeit seiner Abdankung zu überzeugen, hätten die Mitglieder mit dem General Baltazzi eine Offensive mit Konstantin vereinbart, die Baltazzi unternommen habe. Hierdurch sei der Zusammenbruch der kleinen frontlichen Front herbeigeführt worden. Somit hätten die Angeklagten bewußt große Teile der unter dem Kommando von Baltazzi stehenden Armeen dem Feinde gespendet. Sie seien des Hochverrats überführt worden und der Staat verlassen, die in mehreren Artikeln des Militärsstrafgesetzbuchs vorgegeben sei.

Gestern wurde in London unter dem Vorsitz von Bonar Law eine Kabinettssitzung abgehalten, in der die Hinrichtung der griechischen Minister ausführlich besprochen wurde. Bonar Law erklärte im Unterhaus auf eine Anfrage, er habe keine Information bezüglich der Erklärung eines griechischen Exministers vor seiner Hinrichtung, daß die Griechen Ermutigung von Seiten des britischen Außenministers und anderer britischer Minister erhalten hätten. Wenn Einzelheiten gegeben werden könnten, so werde er das Grüden, den Schriftwechsel dem Hause vorzulegen, in Erwägung ziehen. Er bestätigte, daß der englische Gesandte Anweisungen erhielt, von Athen abzureisen, da es sich nicht um die Tat einer Regierung, sondern um die eines revolutionären Ausschusses handle.

Eine neue Rede Clemenceaus.

Aus New York wird gemeldet: In einer Rede in Chicago beklagte es Clemenceau, daß Amerika die Verbündeten im Stich ließ, ohne sie genügend lange vorher davon in Kenntnis gezt zu haben, sodass sie andere Ablösungen nicht hätten treffen können. Wie die „New York Times“ mitteilt, wurde jedem, der den Saal betrat, ein Flugblatt überreicht mit der Überschrift „Ein offenes Wort zu Clemenceau Propaganda“. Das Flugblatt enthielt einen Aufruf, betitelt „Das heutige Deutschland“. Nach seiner Rede teilte Clemenceau 45 Fälle von angeblichen Verletzungen des Versailler Vertrages mit, welche die interalliierte militärische Kontrollkommission gemeldet habe.

Streiks in Ludwigshafen.

In dem Streik in der Badischen Anilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen hat das Gewerbegericht entschieden, daß die Entlassung der drei Mitglieder des Betriebsrats zu Recht gesteht. Wie bereits gemeldet, hat sich die Leitung des Werkes bereit erklärt, die Amtstümmer der gesamten Belegschaft, welche die Arbeit verweigert hatte, als ungeschehen zu betrachten, wenn die Arbeit bis Mittwoch von der Mehrheit wieder aufgenommen würde.

Eine gestern nachmittag in den Betrieben der Badischen Anilin- und Soda-fabrik vorgenommene Abstimmung der Arbeiter hat eine Mehrheit für den Streik ergeben. Die Arbeiter sind darauf erneut in den Streik getreten. Es handelt sich um 21400 Arbeiter. Die Fabrikleitung hat hierauf die Entlassung sämtlicher Arbeiter ausgesprochen.

Der Streik gewinnt an Ausdehnung, nachdem sich die Arbeiter von ein weiteren Fabrikanten dem Streikangeschlossen haben. Auf Anordnung der Arbeiter wurde der größte Teil der Böden geschlossen. Die Versuche der Kommunisten, den Generalstreik auch auf Mannheim zu übertragen, sind bisher erfolglos geblieben. Verhandlungen finden zurzeit nicht statt.

Erregung im Rheinland.

Das Rheinland ist und bleibt deutsch.

Nach einer Meldung der „Politischen Zeitung“ geht durch das Rheinland wegen der in Paris angelaufenden Politik der produktiven Länder eine starke Erregung, die ihren Höhepunkt in einer Reihe von Entschließungen und Kundgebungen aus verschiedenen Kreisen der Bevölkerung findet, daß das ganze Rheinland heute von neuem der Welt zugehört, daß es deutsch ist und bleiben will.

Aus Darmstadt wird gemeldet:

Der in diesen Tagen wegen der Verlegung des Hessischen Landtages versammelte gesetzgebende Ausschuss nahm folgende Entschließung einstimmig an: „Wir legen feierlich Erwahrung ein gegen die neuerliche Gefährdung des besetzten Gebietes durch die imperialistischen Absichten der französischen Regierung. Der Ausschuss erblickt in den halbamtlich bekanntgegebenen Plänen des französischen Ministeriums und Kriegsrates einen Bruch des Versailler Friedensvertrages und des von den Alliierten immer verkündeten Völkerfleißfeststellungsrechtes. Der Ausschuss fordert die Staatsregierung an, bei der Reichsleitung alle Kräfte dafür einzuziehen, von allen Deutschen die drohende völlige Vostrennung des besetzten Gebietes durch die Politik Poincarés und die Befreiung des Ruhrgebietes abzuwenden. Den bedrohten Volksgenossen des besetzten Gebietes sendet der Ausschuss Gräfe der Not und der Treue.“

Zu der Beratung im Pariser Club schreibt das „Echo National“, das vorige Dementi dementierte nichts. Wenn in den Zeitungen erzählt werde, daß unrichtige Informationen mit unterlaufen seien, so sei das nicht weiter überzeugend angesehen des Umfangs, daß einige Blätter übermäßig viele Einzelheiten hinsichtlich der gegen Deutschland geplanten Maßnahmen gebracht hätten. Aber es liegt auf der Hand, daß das offizielle Dementi nur die Einzelheiten im Auge habe, dagegen nicht die Sache selbst, die sich nicht bestreiten lasse. Nach gewissen Anzeichen sollen die Länder nicht rechts des Rheins, sondern auf dem linken Ufer mit Beschlag belegt werden. Aus diesem Grunde wohnte der Konferenz vom Montag der Oberkommissar in den Rheinlanden Tirard bei. Die preußischen und die bayerischen Beamten könnten aufgefordert werden, über den Rhein zurückzugehen, die Verwaltung der rheinischen Gebiete würde mit Hilfe von einheimischen Beamten reorganisiert und unter die Kontrolle Frankreichs gestellt werden. Die Sollgrenze Deutschland gegenüber würde wiederhergestellt werden und der Überstau der Steuern, sowie die Extrakanisse der Domänen und die Sollsteuernahmen würden der Kasse der Reparationskommission zugeschlagen werden. Der sozialistische „Populaire“ schreibt: „Man kann verblüfft und bestürzt vor derart wahnwitzigen Unvorstellbarkeiten. Während unsere Finanzlage sehr unlösbar erscheint, wenn die Lage in Deutschland selbst nicht geordnet wird, während die Wiederaufrichtung Deutschlands unbedingt vom allgemeinen Wiederaufrichtung Europas abhängt, bereiten wir eine Abneuerungspolitik vor, die nur das Ergebnis haben kann, den Zusammenbruch Deutschlands zu überkürzen, jede Verständigung und jedes internationale Bemühen labanzulegen. Leider ist zu befürchten, daß die Haltung der Regierung und die Poincarés angestellt so ernster dragen, von denen für Frankreich Leben und Sterben abhängt, durch jämmerliche und verächtliche Gründe der inneren Politik bestimmt werden. Es ist ferner zu befürchten, daß Poincarés Hauptzweck dahin geht, das ihm feindlich gesinnte Zentrum und die ihm feindlich gesinnte Rechte zu entwaffnen und im voraus sein Programm der „zupackenden“ Regierung hinauszuplanzen, das hinter den Kulissen so sorgfältig ausgearbeitet wird. Wie zu befürchten ist, ist das die Bedeutung jener Ausrufe an die „heilige Einigkeit“, die aus der letzten Rede Poincarés in so wohlklingenden Tönen herauszuhören war.“

Im englischen Unterhaus verlangte Ramsay MacDonald eine Information bezüglich des Planes der französischen Regierung für den Fall eines Misserfolges bei den Verhandlungen über ein Finanzabkommen mit der deutschen Regierung. Bonar Law erwiderte: Ich habe keine Mitteilungen erhalten, ich habe aber gehört, womöglich die Zusammenkunft zu verschließen, bis die Parlamentssession abgeschlossen sei.

„Times“ hebt unter Hinweis auf die im Unterhaus eingehende Anfrage, ob eine französische Belohnung des Ruhrgebietes „nahe bevorstehen“, die Gefahr hervor, daß jede Tendenz auf Seiten Frankreichs, in diesem ersten und schwierigsten internationalen Problem eigenmächtig vorzugehen, zu tiefen Verfolgungen in England führt, und wie die legten Berichte aus Washington gezeigt haben, auch in Amerika Anlaß geben würden. Das Blatt führt fort, England habe eine neue Regierung, die, wie Bonar Law am Montag erklärte, vollkommen frei sei, die gesamte Politik der Reparationen und der interalliierten Schulden, wie sie in der Balfournote aufgeworfen wird, „von allen Gesichtspunkten“ neu zu erwägen. Es müsse das Ziel der britischen Regierung sein, soweit wie möglich mit Frankreich zu geben in der Richtung, die sowohl Frankreich wie auch England wünschen. Es würde für England schwerer sein, nach Brüssel zu gehen, bevor der Boden mit den Alliierten geprüft worden sei. Vorerörungen dieser Art könnten nicht einleitig sein. Wenn die britische Regierung bereit sei, umfassende Vorschläge zu machen, die die Frage „von allen Gesichtspunkten“ behandelten, so müßte die französische Regierung ebenfalls bereit sein, ähnliche Vorschläge zu machen, und England nicht nur mit Plänen für Sanktionen und Strafen kommen. Die französischen Staatsmänner und die verantwortliche französische Öffentliche Meinung müßten einsehen, ebenso wie dies in England erkannt werde, daß die „vereinigte Front“ der Alliierten mit Bezug auf Deutschland und die wirtschaftliche Lage Europas von weit größerer und dauernderer Bedeutung sei, als die Beschlagnahme irgendwelcher Pfänder am Rhein und darüber hinaus. Das einzige Mittel, die Lösung des europäischen Wirtschaftsproblems zu beginnen, sei, das Zusammenarbeiten und das Zusammenwirken auf wirtschaftlichem Gebiet wieder herzustellen. Es könnte kein Zweifel daran bestehen, daß eine eigenmächtige Aktion zur Erwaltung von Reparationen, wenn sie auch technisch und sogar moralisch noch so gerechtfertigt wäre, Europa noch weiter zerstören, statt seine Wiederherstellung fördern würde.

Die Brüsseler Konferenz.

„Daily Telegraph“ berichtet zu dem gestrigen Besuch des französischen Botschafters St. Lulatré bei Bonar Law, wenn, wie angenommen werden könne, der französische Botschafter auch keine formelle Note Poincarés überreicht habe, so habe er doch dem britischen Premierminister den Botschafter Poincaré nach einer baldigen Zusammenkunft der alliierten Premierminister sowie nach Einberufung der Brüsseler Konferenz für einen Zeitpunkt nicht später als den 15. Dezember übermittelt. Bonar Law habe, wie verlautete, seine Bereit-

schaft ausgedrückt, mit Poincaré und den übrigen alliierten Premierministern in einem baldigen Zeitpunkt zusammenzutreffen, habe jedoch gleichzeitig gesagt, daß er London kaum vor Schlus der augenblicklichen parlamentarischen Tagung etwa Mitte nächsten Monats verlassen könne. „Daily Telegraph“ bemerkt, der Aufschluß werde Poincaré möglicherweise enttäuschen, der Hoffnung habe, daß die Premierminister zwischen dem 5. und 10. Dezember zusammentreffen könnten. Poincaré beabsichtigt jedoch vielleicht, statt einer Zusammenkunft in Paris, eine solche in London vorzuschlagen. Auf jeden Fall sei es schwer zu sagen, wie die Brüsseler Konferenz noch in diesem Jahrzehnt ablaufen werden sollte. Es sei zweifelhaft, ob der eingehende Plan für Sanktionen und produktive Länder zusammen mit der Fortsetzung nach einer riesigen internationalen Auseinander und einer französischen Separation im Ruhrgebiet als Alternative einen günstigen Eindruck in England gemacht habe. Eine Auseinander in dem Umfang, wie sie verlangt werde, werde von allen Geschäftskreisen als reines Phantasierecht angesehen.

Aus Paris wird gemeldet: Poincaré hat gestern Bonar Law mitgeteilt, daß er geplant sei, in der nächsten Woche nach London zu kommen, um mit den Ministerpräsidenten von England, Italien und Belgien über Fragen, die mit der Brüsseler Konferenz im Zusammenhang stehen, zu beraten.

Vorschlag für eine Politik der Verständigung.

In Südrhön sprach auf Einladung der volkswirtschaftlich-katholischen Gesellschaft der frühere französische Wiederaufbau- und Industrieminister Voucheur vor mehreren tausend Zuhörern über den Wiederaufbau in Frankreich und das Reparationsproblem. Er befürwortete eine friedliche Politik der Verständigung und rief auf die schädlichen Folgen der Reparationspolitik für alle Länder, Sieger und Neutrale hin. Zur Vermeidung des völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands müßten sich alle Staaten zu gemeinsamen Handeln zusammenfinden im Interesse der bedrohten europäischen Wirtschaft. Am Schluß seiner, mit Beifall aufgenommenen Ansprachen schlug Voucheur die Gründung einer internationalen Bank zur Stabilisierung der Mark und zur Finanzierung der Reparationen vor.

Die Weise der deutschen Industriellen nach Frankreich verschoben.

Das „Berl. Tagebl.“ glaubt zu wissen, daß die geplante Weise der deutschen Industriellen in das zerstörte Gebiet des gegenwärtigen Kriegs bis auf weiteres aufgeschoben worden sei.

Wie B. T. B. hört, fällt die für Donnerstag, den 30. d. M., 10 Uhr vormittags angeheure Sitzung des Reichstages aus. Ein neuer Termin ist noch nicht bestimmt.

Reichsangerer Dr. Guno hat eine Einladung des Vereins Berliner Presse zu einem am Sonntag, 3. Dezember, im Reichstagsgebäude stattfindenden Empfang angenommen. Bei der Feierstunde im Plenarsaal wird laut „Botschaftsangeber“ der Reichsangerer das Wort ergreifen.

Nach der „Times“ haben die alliierten Regierungen infolge des von Deutschland gesetzten Widerstandes beschlossen, daß keine Jurisdicition oder Umformung der militärischen Kontrollkommissionen stattfinden soll. Alle Verhandlungen über deren Erlegung durch kleinere Garantiekomitees seien zunächst abgebrochen worden.

Die Lausanner Friedenskonferenz.

Der Ausschuss der Konferenz für territoriale und militärische Fragen nahm die Schlussfolgerungen des Berichtes der Unterkommission, die mit der Prüfung der Entmilitarisierung der verschiedenen Inseln des Ägäischen Meeres beauftragt worden war, an. Die türkische Delegation formulierte Vorschläge zu verschiedenen Punkten. Der angesehene Bericht beschreibt sich ausdrücklich mit den Inseln an der kleinasiatischen Küste Chios, Mytilini, Samos und Ikaria und zwar nur in Bezug auf das Prinzip der Entmilitarisierung, das alle Delegierten angenommen haben. Die Frage der Autonomie der Inseln, die die Türken fordern, wurde offen gelassen.

Havas wendet sich in offiziösen Ausfällungen gegen die im Umlauf befindlichen Gerüchte, nach denen die Verhandlungen der Konferenz von Lausanne eine üble Wendung nehmen hätten und einen Abriss der Konferenz voraussehen ließen. Diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Man sei versucht, sich zu fragen, ob die falschen Nachrichten nicht ausgetragen würden, um Verhandlungen zu begünstigen.

England und Russland.

Bonar Law teilte im Unterhause auf eine Anfrage von Wedgwood Benn mit, die Bedingungen, die spezifiziert worden seien, nach denen die Verhandlungen der Konferenz von Lausanne eine üble Wendung nehmen hätten und einen Abriss der Konferenz voraussehen ließen. Diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Man sei versucht, sich zu fragen, ob die falschen Nachrichten nicht ausgetragen würden, um Verhandlungen zu begünstigen.

Neue Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Lohn- und Materialpreiserhöhungen haben die Organe der Kohlenwirtschaft veranlaßt, gestern zu einer weiteren Preiserhöhung, die ab 1. Dezember in Kraft tritt, zu schreiben. Die beschlossenen Erhöhungen betragen je Tonne für Rheinland-Briketts (Sichtförderholz) 5737 Mark, für Sachsen (durchschnittlich) 8149 Mark, für Niedersächsischen 7218 Mark, für Sachsen-Gotha 6478 Mark, für Sachsen-Nordhessen 7388 Mark, für Niedersächsischen-Barsinghausen 7377 Mark, für Niedersächsischen-Abbenbüll 6708 Mark, für rheinische Braunkohle (Rohkohle) 919,30 Mark, Briten 3264 Mark, für mitteldeutsche Braunkohle (Rohkohle) 1273,80 Mark, Briten 3588 Mark.

Das Ausmaß der Preiserhöhungen wurde nach den bei gebrachten Unterlagen wesentlich mehr durch die Steigerung der Holz- und Materialpreise als durch die Steigerung der Lohn- und Materialpreise als der Lohn beeinflußt. Noch sehr eingeschränkte Erhöhungen, in denen von allen Seiten die erste Sorge über die Wirkung dieser neuen starken Kohlenpreiserhöhungen stand, erholte die Zusammensetzunglich gegen die Stimme eines Arbeitnehmers der Kohlenverbraucher.

Spaltung in der Postbeamtenenschaft.

Der Bezirksverein Berlin des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten hat auf seiner gestrigen Bezirkstagung die Gründung einer Allgemeinen Deutschen Postbeamtenwirtschaft beschlossen, die dem freigewirtschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund beitreten. Durch diese Neugründung ist eine Spaltung in der Postbeamtenenschaft eingetreten, die sich allem Anschein nach auch in anderen Städten fortsetzen wird.

Der internationale Bergarbeiterverband zu den Kohlenlieferungen Deutschlands.

Die Delegierten der Reparationskommission haben gestern in verdeckter Eigenschaft einen Ausschuss des internationalen Bergarbeiterverbands, bestehend aus den Deutschen Hagemann und Limberts, den Engländern Smith, Walsh, Richardson und Hodges und den Belgieren de Jardin, de Latre und Saxe, empfangen. Die Delegation hat erklärt, die Vertreter der französischen Bergarbeiter hätten infolge Verblüffung wegen anderweitiger wichtiger Verhandlungen nicht teilnehmen können. Die Vertreter der amerikanischen Bergleute seien wegen der großen Entfernung nicht anwesend. Die Delegation gab den Vertretern der Reparationskommission ein Bild von den Ansichten des internationalen Bergarbeiterverbands mit Bezug auf die Rückwirkungen der Reparationskohlenlieferungen auf die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Europa. Darauf erfuhr sie die Reparationskommission, eine Konkurrenz der Berg- und Grubeninteressen sowie auch der Arbeiter in Gewöhnung zu ziehen, wenn sie die Lieferungsfähigkeit Deutschlands für Reparationskohle untersuche.

Die neue Postgebühren-Vorlage.

Der Verkehrsbeirat der Reichspostverwaltung beriet die neuen Vorlagen über Post-, Postkredit-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Daraus dürften ab 1. Dezember u. a. folgende Sätze gelten:

Postkarten im Ortsverkehr 5 Pfennig, im Fernverkehr 15 Pfennig; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 Pfennig, bis 100 Gramm 15 Pfennig, bis 250 Gramm 25 Pfennig, im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 Pfennig, bis 100 Gramm 35 Pfennig, bis 250 Gramm 45 Pfennig.

Deutschsachen nach Gewicht bis 1 Kilogramm 5 Pfennig bis 15 Pf., Geschäftspapiere, Wareneproben und Mischsendungen nach Gewicht von 25 Pfennig 45 Pfennig.

Pakete nach Gewicht bis 20 Kilogramm in der Nahzone 125 bis 850 Pfennig, in der Fernzone 250 bis 1700 Pfennig.

Postauflieferungen bis zu einem Wert von 20000 Mark von 12 Pfennig aufsteigend bis 80 Pfennig; Postgebühren für Bargeldzahlungen mit Zahlkarte bis 20000 Mark 6 bis 10 Pfennig, für jede weiteren angefangenen 10000 Mark 10 Pfennig mehr.

Der Verkehrsbeirat erklärte sich damit einverstanden, diese Sätze ab 1. Januar weiter zu erhöhen. Dagegen sprach er sich gegen die neuen Fernsprechgebühren aus und erklärte sich nur damit einverstanden, dass ab 1. Januar eine Grund- und Gesprächsgebühr anstelle des bisherigen Bushlasses mit einem ioischen von 2000 Prezen berechnet wird. Für gewöhnliche Telegramme auf allen Entfernungen werden erhoben eine Grundgebühr von 10 Pfennig und eine Wortsgebühr von 2 Pfennig, bei Orts- und Preisettagrammen die Hälfte. Die Auslandsgebühren sollen betragen: Briefe bis 20 Gr. 80 Pfennig, für jede weiteren 20 Gramm 40 Pfennig, Postkarten 30 Pfennig, Drucksachen je 20 Gramm 15 Pfennig.

Die Gebührenvorlage geht nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuss zu.

Der Prozeß wegen des Säureausfalls auf Scheidemann.

Den Angeklagten Hans Huster und Karl Ohlschläger, die sich in dem am 4. Dezember beginnenden Prozeß vor dem Staatsgerichtshof wegen ihres Säureausfalls auf Scheidemann zu verantworten haben werden, ist, wie die „Zeitung der Neuesten Nachrichten“ berichtet, kürzlich die Anklageschrift zugestellt worden. Die Anklage nimmt an, daß der Wordversuch auf Oberbürgermeister Scheidemann von beiden Angeklagten gemeinschaftlich unternommen worden ist. Während der Anschlag selbst von Huster verübt wurde, soll der Plan dazu von Ohlschläger stammen, der sich noch den angestellten Ermittlungen auch an der Ausführung des Attentats beteiligt haben soll.

Die Angeklagten behaupten demgegenüber, daß sie keine Wordabsicht gehabt hätten, daß sie Scheidemann vielmehr nur einen Entzettel geben wollten. Aus diesem Grunde hätten sie auch den Anschlag im Freien verübt, da der Inhalt der Sprüche im geschlossenen Raum tödlich wirken müßten. Nach Gutachten von Sachverständigen trifft es zu, daß die gefährliche Wirkung der Blausäure tatsächlich dadurch vermindernt worden ist, daß die Säure im Freien schnell verdunsten konnte. Über die Gründe, die sie an dem Anschlag veranlaßt haben, geben beide Angeklagten übereinstimmend an, daß sie in Scheidemann den führenden Kopf gesehen hätten, der das ganze bunte Elend gebracht und die Revolution schon während der letzten Kriegsjahre vorbereitet habe, obwohl er zu Beginn des Krieges es dem Kaiser in die Hand verippt habe, tren bei ihm anzuhalten.

Über die Vorbereitungen zum Anschlag hat Huster ausgelagert, daß er 10 Tage vor Pfingsten dieses Jahres von Ohlschläger eine Gummispritz in einer braunen Blechbüchse erhalten habe, mit dem Bemerkern, daß die Spritze eine Plüschtüte enthalte, von der ein geringes Quantum sofort tödlich wäre. Braundewelsche Aufklärung über die Herkunft des Giftstoffes habe er nicht erhalten. Die Anklage wird von Oberrechtsanwalt Dr. Ebermayer selbst vertreten. Scheidemann, der als Nebenkläger ausgestellt worden ist, wird selbst zum Prozeß nach Leipzig kommen.

Zugeschichte.

Deutsches Reich.

Die angeblichen Attentatspläne gegen Dr. Wirth aufgetäfelt. Wie noch erinnerlich sein durfte, tauchte vor einigen Wochen die aufsehenerregende Nachricht auf, daß gegen den früheren Reichskanzler Dr. Wirth ein Attentat vorbereitet gewesen sei, das im Reichstage zur Abschaffung kommen sollte. Als angeblich geständiger Täter ist seinerzeit ein Kaufmann Schulze aus Berlin verhaftet worden. Wie der Oberrechtsanwalt nunmehr mitteilt, haben seine in Berlin vorgenommenen Ermittlungen ergeben, daß die leinerzeit verbreiteten Angaben über den Attentatsversuch und seine Vorbereitung nicht der Wahrheit entsprechen. Der verhaftete gewesene Kaufmann Schulze mußte wieder aus der Haft entlassen werden. Jedenfalls beruhnen seine Behauptungen über das geplante Attentat auf prahlischer Großspurheit.

Die Darmstädter Ausschreitungen vor dem Gericht. Vor der Strafkammer Darmstadt kamen gestern 15 Klagen gegen die wegen der Ausschreitungen vom 27. Juni Angeklagten zur Urteilsfassung. Sie sind hauptsächlich beschuldigt, an der Verwüstung der beiden dortigen rechtsstehenden Zeitungen teilgenommen zu haben. Die Angeklagten sind im allgemeinen geständig. Es wurden verurteilt: Der 22 Jahre alte Gustav von Glasig zu 10 Monaten Gefängnis, der 17 Jahre alte Arbeiter Friedrich Schmidt zu 6 Monaten Gefängnis, der 18 Jahre alte Fabrikarbeiter Johannes Woerner-Charlottenburg zu 1 Monat Gefängnis, der 18 Jahre alte Hausbürger Johann Kaerchner zu 7 Monaten Gefängnis, der 20jährige Hilfsarbeiter Friedrich Hahn zu 1 Jahr Gefängnis, abgänglich 4 Monate Untersuchungshaft, der 18-jährige Friedrich Höpflner zu 5 Monaten Gefängnis, der 15-jährige Hilfsarbeiter Martin Fischer aus Oberstadt zu 1 Monat Gefängnis.

Zwei Marokkaner zum Tode verurteilt. Das französische Kriegsgericht verurteilte, wie aus Wiesbaden gemeldet wird, die beiden marokkanischen Schülern, die im Oktober eine Wirtschaft in Sossenheim, in der ihnen nach 11 Uhr abends Bier verweigert worden war, nahezu eine

Stunde beschlossen und dabei einen Schreiner tödlich verletzt hatten, zum Tode.

Die Ausnahmehandlung der Ausländer. „Dally Telegraph“ meldet, die britische Regierung habe sich dem Vorzeichen der anderen, alliierten Regierungen, einen formellen Protest in Berlin gegen die Verleihung des Vertrages von Versailles durch die deutschen Behörden einzulegen, angeholt. Es handelt sich um die Ausnahmehandlung der Ausländer in Deutschland, wo diese in Hotels, Kaufhäusern usw. viel höhere Preise bezahlt wünschten als die Landesbewohner.

Die Einwanderung der Ostjuden. In Beantwortung der großen Anfrage der Deputationskommission wegen der Einwanderung von Ostjuden erklärte der preußische Minister des Innern Seering im preußischen Landtag u. a.: Jüdische Zeitungen berichten, die ungarische Regierung beabsichtigt eine große Anzahl von Juden auszuwählen; ein großer Teil der Ausgewählten werde sich nach Preußen wenden. Ich würde den Völkerbund darauf aufmerksam machen, daß Deutschland und Preußen diesen Glückwunschen nicht aufnehmen kann. Preußen kann nur im Verein mit den anderen Ländern und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt vorgehen. Bei der Frage, ob Ausländer anzuladen oder länger zu dulden sind, wird die Lage des Wohnungs-, Arbeits- und Lebensmittelmarktes entscheidend sein. Wahrscheinlich werden in einigen Missionen deutscher Arbeitnehmer auswandern müssen, aber wohin? Sollen wir uns durch Dörfer des Fremdenpolizei das Odium als Barbaren ausleben? Auch der Verfasser vertritt bindet uns fremdenfeindlich.

Die Besiedelung der Rathäuser. Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtags lehnte gestern gegen die Stimmen der Deputationskommission und der Deutschen Volkspartei einen Antrag ab, der von der Regierung die schmale Vorlegung eines Gesetzes zur Bekämpfung des sozialen Rathauses und der Rathäuser überhaupt nach Art des Gesetzes über die Bannmeile um die Gebäude des Reichstaats und des Landtags verlangt.

Belästigung einer Entente-Kommission. Nach einer Blättermeldung aus München hat die bayerische Regierung wegen der Belästigung einer Entente-Kommission in Ingolstadt ein Verfahren eingeleitet, um die Schuldigen mit allen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen.

Braunschweigische Anträge an die Reichsregierung.

Das braunschweigische Staatsministerium bat bei der Regierung den Antrag gestellt, den bisher von den Ländern und Gemeinden unterstützten Arbeitslosen eine allgemeine Wehrdienstbeihilfe zu gewähren, wie das im vorigen Jahre geschehen ist. Ein weiterer Antrag verlangt von der Reichsregierung ein Verbot der Einfuhr und Herstellung und des Abschlags von Branntwein. Der Alkoholaustausch in jeder Form an Augebunden unter achtzehn Jahren soll für das ganze Reich verboten werden.

Frankreichs Urteil im besetzten Gebiet. Nach einer Meldung des „Volksanzeigers“ aus Frankfurt am Main wurden die von der französischen Bevölkerung in Wiesbaden unter der Beschuldigung des Vertriebes von verbotenen Büchern im besetzten Gebiet Verhafteten, der Postbeamte Schuler und der Chemiker Dr. Werte, von dem französischen Gericht zu einem Jahr Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie wurden aus der Haft mit Ketten gefesselt vorgeführt und nach der Verhandlung ebenso wieder abgeführt.

Das Einkommen des Reichspräsidenten. Dem Reichstag ist ein 7. Nachtrag zum Reichshaushaltspolitik für 1922 angegangen. Er trägt der inzwischen weiter fortgeschrittenen Geldentwertung Rechnung. II. a. bestimmt er, daß das Dienstekommen des Reichspräsidenten mit Wirkung vom 1. September jeweils das Doppelte der Beilage des Reichskanzlers beträgt mit der Maßgabe, daß das Dienstekommen je zur Hälfte von Gehalt und Dienstauslandsgelder entfällt. Beim Reichsministerium ist ein zweiter Kraftwagen eingeteilt worden, da zur Sicherheit des Reichskanzlers auf seinen Dienstabfahrten ein zweiter Kraftwagen zur fähndigen Begleitung notwendig war.

Republik Österreich.

Die Genfer Konvention. Der Bundesrat verhandelt über die Genfer Konvention. Der Berichterstatter Falter (christl. sozial.) stellte gegenüber der Opposition, daß die in der Konvention bezügl. des Anschlusses an Deutschland enthaltene Bindung nicht weitergehe, die als eine bereits im Friedensvertrag enthaltene Bindung fest. Der Christlichsoziale Hugo Elmendorf erklärte: Um unter deutschem Volk seiner nationalen Wiedergeburt entgegenzutreten, kommt es nicht so sehr auf die Pflichten an, die wir in der Konvention auf uns nehmen, um dieses Land vor dem Abgrund zu bewahren, sondern diese große Pflicht unseres nationalen Lebens wird erst dann in das Stadium einer realen Entscheidung treten können, wenn wir wirtschaftlich so dastehen werden, daß wir eine tatsächliche Freiheit haben. Der Sozialdemokrat Hartmann warf der großdeutschen Partei Verrat an dem großdeutschen Gedanken vor. Wir wissen, sagte er, daß wir, wenn wir auch hier in der Minorität sind, im Namen des ganzen deutschen Volkes sprechen, wenn wir unseren Brüdern zuwenden: Tots alledein! Wir kommen zu euch, wir werden mit euch zusammen sein, wenn wir uns nicht trennen lassen durch die äußere Politik. Wir werden das Ziel erreichen, wenn auch die Welt voll Teufel ist. Der Großdeutsche Bierbaum wies den Vorwurf des Verrats an dem Anschlußgedanken entgegen und erklärte: Wir Großdeutschen beharren nach wie vor auf einem Anschluß an das deutsche Reich. Vor allem aber ist es unsere Pflicht, über die schwere Zeit hinweg zu kommen, um in besseren Zeiten energetischer an die Verwirklichung des Anschlußgedankens zu richten.

Wie weiter gemeldet wird, hat der Bundesrat gestern mit den Stimmen der Sozialdemokraten den wichtigsten Punkt der Genfer Vereinbarung betreffend das Verfassungsgesetz, durch welches der Regierung für die nächsten zwei Jahre die in Genf vorgelebten Vollmachten erteilt werden, angenommen. Dieses Gesetz wird bereits heute amtlich verlaubt werden. Die übrigen aus dem Nationalrat entworfene Gesetze werden an den Nationalrat zurückgeleitet und in der bereits für Freitag einberufenen Sitzung des Nationalrates definitiv verabschiedet werden, womit der ganze Gesetzeskomplex des Sanierungswesens praktisch beendet sein wird.

England.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Premierminister empfing gestern die Direktoren einiger großer Eisenbahngesellschaften und besprach mit ihnen Pläne für den Ausbau von Bahnhöfen im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Untothen würden 50 bis 80 Millionen Pfund Sterling betragen. Die Direktoren haben sich bereit erklärt, die Regierung bei der Ausführung ihrer Pläne in jeder Weise zu unterstützen.

Die irische Verfassung. Das Unterhaus hat die Vorlage über die irische Verfassung in dritter Lesung einstimmig angenommen. Der Gesetzentwurf wurde darauf dem Oberhaus zugeleitet, wo er in erster formeller Lesung erledigt wurde. Man nimmt nicht an, daß der endgültigen Annahme des Gesetzentwurfs irgendwelche Hindernisse in den Weg gestellt werden, sobald er in nächster Woche Gesetzeskraft erlangen kann.

China.

Die Regierungskrise. Reuter meldet aus Peking: Das Abgeordnetenhaus hat mit 262 gegen 89 Stimmen eine Entschließung angenommen, durch die der Premierminister Wang Yalcun Duai und der Minister des Außen-

Ministers Ho Wenzan gestellt werden sollen, weil sie das Abkommen über die chinesische Unselje mit unterzeichnet haben, um deren willen die Verhaftung des Finanzministers Ho Wenzan erfolgt ist.

Negropen.

Das Kabinett zurückgetreten. Reuter meldet aus Kairo: Das Ministerium Garowit ist zurückgetreten. Frankreich. Das Heeresbudget. In der Kammer erklärte im Bereich der Befreiungen über das Heeresbudget der Kriegsminister, daß man unmöglich die Sicherheit Frankreichs budgetären Rücken opfern könne. Frankreich habe keine Dienstzeit um die Höhe, seine Militärausgaben um ein Drittel herabgesetzt. Wie könne man da von Imperialismus reden?

Gingesandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preußische, nicht die weile Verantwortung.)

In Nr. 276 des „Miesauer Tageblattes“ macht ein Demand — wer seine Weisheit ausstreuen will, nennt seine Namen — seinem alten geprüften Herren Lust über den Verlust des Stadtverordnetenkollegiums zu Miesau über die Einführung einer Sozialabgabe. Schon das Wort „Abgabe“ zeigt, daß man etwas haben will, um es einem ganz bestimmten Zweck auszuführen. Die Abgabe soll dem Zweck gewidmet sein, den Leuten, die auch einmal im Besitz ihrer geistigen und körperlichen Kraft waren, die mit dazu beigebracht haben, daß Deutschlands Wohlstand begründet werden konnte, eine Unterstützung zu lassen. Ich denne mich zu denjenigen Leuten, die da auf dem Standpunkt stehen, daß das Stadtverordnetenkollegium in Miesau nicht richtig handelte, aber nicht aus den Gründen wie der Artikelbeschreiber, sondern aus den Gründen, weil denjenigen zugemutet wird etwas abzugeben, die meiner Überzeugung nach selber kaum kostet verdienen, daß es nicht einmal für ihren Unterhalt auslastet. Wie denn auch sei, wir haben es hier mit einer Neuerung zu tun, die nach meinem Dafürhalten aus Unternehmenskosten stammt und die vom Standpunkt der Gemeinden aus auf das nachdrücklich in allen kleinen Teilen bekämpft und zurückgewiesen werden muss. Diese Kundgebung ist von keinerlei Sachkenntnis getrieben. Das Hirn des Schreibers sieht nur lauter Steuern. Es fehlt aber nicht, daß diese Steuern das finanzielle Glück der Gemeinden nicht auf die besteuerten vermögen. Die Gemeinden brauchen, um ihre Orte zu halten, viel mehr an Einnahmen, als was jetzt aus den Steuerarten, die eingeschafft sind, dermaßen leicht fließen wird. Es erwähnt die Gewerbesteuer. So mancher Gemeindepolitiker wird sein blaues Wunder erleben, wenn das Fazit über diese Steuer gesogen sein wird. Soll diese Steuer wirklich etwas Kennzeichnendes einbringen, um die Finanznot der Gemeinden zu lindern, dann muß sie ganz anders ausgebaut werden. Ich will es ganz deutlich sagen, dann müssen die Unternehmer ganz anders berangestellt werden können. Vorläufig ist mit der Gewerbesteuer nichts, denn ihr Beitrag wird erst festgestellt; wie er aussieht wird, habe ich kurz angekündigt. Das Kapitel Einkommensteuer, das als Riesenbelastung hingestellt wird, stellt sowohl hinsichtlich der Wirkung, als auch hinsichtlich der Durchführung die Tatsachen auf den Kopf. Wer mit den Dingen umgeht, weiß ganz genau, daß die Einkommensteuer die geringste Belastung für den Unternehmer darstellt. Wenn sind denn die Herren veranlaßt worden und wann haben sie begabt? War denn der zu zahlende Betrag dann noch eine Belastung? Werden denn alle Unternehmer zur Einkommensteuer veranlagt? Gibt es nicht auch solche, die zur Arbeitsteuer veranlagt werden und sind es nicht gerade die größten und mächtigsten? Und wo sind nun die Einnahmen der Gemeinden aus dieser Steuer? Herr Artikelbeschreiber: Sie schreiben von einer 60-prozentigen Belastung und wissen nicht einmal, daß die Unternehmer erst jetzt für das Jahr 1921 zu dieser Steuer veranlagt werden. Wissen Sie denn auch, daß die Gemeinden aus dieser Steuer überhaupt noch kein Einkommen erhalten haben, obgleich gerade früher die Einkommensteuer das Haupt der Gemeindefinanzen darstellte. Meines Wissens nach wird vielleicht noch ein Jahr verstrechen, ehe überhaupt Notiz darüber gebracht werden kann, was die Gemeinden aus dieser Steuer erhalten werden. Die Gemeinde Gröba, die in der Kriegszeit 1914, ihrer gesamten Aufwendungen aus den Einnahmen der Industrie deckte, hat von ihrer Großindustrie für 1920, 21, 22 noch nicht einen Heller erhalten. Da das ist, werden diese einfache Feststellung nicht als Vorwurf aussaffen. Die Aufwendungen für die Gemeinden geloben nach dem Steuerfall von 1919. Da hat die Industrie keine Veranlassung, von einer Belastung zu sprechen, denn wo anders liegen nicht besser. Die Wirtschafts- anleiter ist auch keine Belastung für Industrie und Handel. Jeder weiß, daß sie heute nur noch den zehnten Teil des Wertes darstellt, für den sie ursprünglich ausgelegt war. Es gibt sehr tüchtige Wirtschaftsleute, die das Gerede von den sogenannten Scheingerinnen als leere Sache hinstellen. Jedenfalls ist die Tatfrage, daß die Mark heute nur noch als Zahlungsmittel für die Lohn- und Gehaltsempfänger infrage kommt, nicht abzulehnen. Durch den Hinweis auf die Stadt Rudolstadt in Thüringen werden wenigstens auch die städtischen Beamten leben, wo ihre Freunde leben. So viel ich weiß, braucht der Stadtrat Miesau keine zu entlassen, denn sie ziehen vor, von selbst zu gehen. Beweis: die letzte Stadtverordnetenversammlung.

Wozu nun das ganze Geschreibsel? Wer es ohne die Verhältnisse zu kennen durchliest, der wird mit Schaudern davon denken, daß es außer dem Sozial- und Kleinrentner und sonstigen Bedürftigen auch noch hungernde Unternehmer gibt. Ich würde daher vorschlagen, die Errüttlungen der Sozialabgabe auch auf sie mit auszudehnen. Es zeigt aber auf der ganzen Linie, daß ein innerchter Kampf zwischen den Produzenten, die von ihrem Profit nichts abgeben wollen, und den Verbrauchern stattfindet; dasselbe ja auch bei der Verarbeitung der Milchpreise. Die Herrschaften schützen den Sohn immer mehr. Nur so weiter. Wo es hinüber darüber braucht niemand im Zweifel zu sein. Schmidt, Gröba.

Das „Miesauer Tageblatt“ wird um Abdruck folgender Veröffentlichung zu dem „Gingesandt“ in Nr. 276 ersucht:

Der Soz: „Hierzu kommt die Arbeitsteuer, welche fast 5 Prozent des Einkommens absorbiert“, ist unrichtig; richtig ist, daß die Arbeitsteuer 1920 5 Prozent und 1921 8 Prozent des Einkommens betragen. Die Arbeitsteuer beträgt 5 Prozent des Einkommens, nicht des Einkommens, betragen hat und auch in Zukunft in prozentualen Zuschlägen zur Einkommensteuer erheben werden wird.

Das ev.-luth. Pfarramt Riesa.

Friedrich.

Tortwährend ungeheure Preissteigerungen für Zeitungspapier, bedingte Erhöhungen für alle übrigen Herstellungskosten, Löhne und Gehälter, zwangen uns, wie alle anderen Zeitungen, den Bezugspreis vom Miesauer Tageblatt herauszulegen. Es beträgt einschließlich Postgebühren der Bezugspreis im Dezember 1922 für das täglich erscheinende Miesauer Tageblatt 450 Pfennig. Trotz des steinbar erhöhten Preises reden wir auch heute wieder bei allen unsern freuen Zeitungen auf das richtige Verständnis und bitten um rechtzeitige Erneuerung des Bezugspreis auf Dezember für das Miesauer Tageblatt. — Ab 1. Dezember 1922 wird im Anfangsteil des Miesauer Tageblattes die 89 mm breite Seite mit 40 Pfennig berechnet.

Verlag des Miesauer Tageblattes.